

Wegzugspreis: Für den Monat Oktober 1922... Preis für den Monat Oktober 1922...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 26. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Forderungen der Sozialdemokratie

„Kontrolle der Produktion“

Von D. Dallin

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Reichsregierung über Maßnahmen, die geeignet sind, den fortschreitenden Währungsverfall einzudämmen...

Die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse ist eine planmäßige Aktion zur Stärkung der Mark.

In diesem Zweck ist ein Devisenfonds bereitzustellen, der ausreicht, um den tatsächlichen Bedarf der deutschen Wirtschaft nach fremden Zahlungsmitteln innerhalb der drei nächsten Monate zu befriedigen...

Die Währungsordnung der Devisenordnung.

Der mit ihr beabsichtigte Zweck ist nur deshalb nicht vollständig erreicht worden, weil von einer einzelnen Maßnahme, und noch dazu von einer negativen, nie ein voller Erfolg zu erwarten war...

Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe

durch die Reichsbank zu verlangen. Um auch die kleinen Sparer gegen die Geldentwertung zu schützen, müßte den Sparkassen die Erlaubnis gegeben werden, Spargelder in Goldrechnung zu übernehmen...

Steuereinkziehung beschleunigt

und die Geldentwertung zu Lasten der Steuerpflichtigen erfolgt, wie sich das durch die Praxis ganz von selbst beim Lohnabzug ergibt...

Hemmung der Lügeinfuhr.

durch Zollerhöhung, in besonderen Fällen auch auf dem Wege des Einfuhrverbots eine Besserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz erfolgen...

Ebenso ist ein Verbot der Verwendung von eingeführtem Mais zu Brennerzwecken streng durchzuführen.

Bei dem jetzigen Stand des Dollars ist es dem Reich fast unmöglich gemacht, Nahrungsmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung einzuführen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich darüber klar, daß eine endgültige Ordnung unserer Finanzen und Gesundung unserer Wirtschaft nur herbeigeführt werden kann, wenn die Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem für Deutschland günstigen Abschluß führen.

Die derzeitige wirtschaftliche und finanzielle Situation des deutschen Volkes verpflichtet die deutsche Regierung und die Parteien, von sich aus alles zu versuchen, was den weiteren Verfall der Mark aufhalten kann.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die noch nicht beendet wurden, sollen am Donnerstag in Besprechungen mit den Parteiführern fortgesetzt werden.

Die „Germania“ veröffentlicht einen Aufsatz über die Devisennot, der ganz richtig den Sturz der Mark in der Hauptsache auf die unmöglichen Finanzbestimmungen von Versailles und London zurückführt...

Darin liegt das Grundproblem der ganzen Währungsfrage und im Verhältnis zu der Wichtigkeit dieser Frage erscheint die Bedeutung von Maßnahmen, die wir von uns aus treffen können, nur ganz geringfügig.

Eben dieser müde Skeptizismus ist es, den wir bekämpfen. Der schwere Druck von außen darf uns nicht dazu verleiten, im Innern die Zügel schlaffen zu lassen.

Wir dahin aber sind eigene Maßnahmen auch notwendig, um die Not nicht ins Grenzenlose wachsen zu lassen. Solche Maßnahmen schlagen wir vor um der Sache selbst willen.

immer das Ergebnis der Wahl sei. England und Europa befänden sich noch in greßen Schwierigkeiten. Der Menschheit gehe es schlecht. Da dürfe man nicht streiten, sondern man müsse mithelfen.

Lloyd George's Programmrede.

London, 25. Oktober. (W.F.B.) Lloyd George legte in seiner Rede auf der heutigen Zusammenkunft der nationalen Liberalen die Politik seiner Anhänger dar.

Es war im Jahre 1917, in der Zeit massenhafter Arbeiterentlassungen, während der großen Demobilisierung der Industrie. Da versuchten einzelne Gruppen der Arbeiterschaft, sich durch eigene Mittel zu helfen.

Nach einer kurzen Unterbrechung beginnt in der „Roten Fahne“ wieder die Agitation und Propaganda für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Nach vielen Jahrzehnten sozialistischer Aufklärungsarbeit sollte man es eigentlich nicht für möglich halten, daß derartige Dinge auch nur von einem denkenden Arbeiter ernst genommen werden.

Was aber die kommunistische Agitation unter „Kontrolle der Produktion“ versteht, ist etwas ganz anderes. Der Betriebsrat eines jeden Betriebes soll die geschäftliche Praxis seiner Direktion kontrollieren, und die eigentliche Herrschaft über die Produktion sollte den einzelnen Betriebsräten überlassen werden.

Was in der Geschichte einmal sich als Tragödie abspielt, wiederholt sich zum zweiten Male oft als Pöbel. In Rußland war die Geschichte der „Arbeiterkontrolle“ die Tragödie der russischen Arbeiterschaft.

Kapitalismus zur „Arbeiterkontrolle“, von der „Arbeiterkontrolle“ zum kommunistischen Bureaualismus, und von diesem zurück zum Kapitalismus!

Und heute, wo diese mit Blut und Tränen geschriebenen Seiten der russischen Geschichte jedem offen stehen und der wirkliche Sinn und Inhalt der kommunistischen „Arbeiterkontrolle“ mit aller Deutlichkeit zutage treten, ist es nichts anderes als Leichtsin und Verbrechen, wenn man den deutschen Arbeitern anrät, die russische Fingerglocke nachzuahmen. Nachträglich haben auch die kommunistischen Theoretiker und Schriftsteller eingesehen, daß die „Arbeiterkontrolle“ alles andere bedeutet als wirtschaftlichen Fortschritt und Sicherung der Produktion. Heute wird die Geschichte anders dargestellt: „Ist das System der Betriebsräte das technisch vollkommenste? Gewiß nicht. Aber darin besteht gar nicht seine funktionelle Rolle... Das alte System wird zerklüftet und gespalten durch solche Organisationen, wie die revolutionären Betriebsausschüsse in Rußland, die Betriebsräte in Deutschland oder andere ähnliche Vertretungsorgane.“ So schreibt der kommunistische Theoretiker Bucharin in seiner „Ökonomie der Transformationsperiode“ (S. 140/141). Er gibt also offen zu, daß die „Arbeiterkontrolle“ der Betriebsräte nur ein Mittel der politischen Mächteroberung, aber zur Hebung der Produktion vollkommen unzulänglich ist. Er gibt offen zu, daß die Produktion unter der „Arbeiterkontrolle“ leidet. „Otto Neurath — schreibt er — hat recht, wenn er sagt, daß die Ausschüsse nach ihrer ganzen Konstruktion für rein geschäftliche Produktionsaufgaben wenig brauchbar sind. Die Zerlegung des alten und der Rohaufbau des neuen Apparates, — das ist der von uns angeführte Typ der Produktionsverwaltung.“

Wohlgemerkt, die kommunistische Regierung zerschlägt die alte russische Armee vollständig zerschleht und zerstört, um später eine neue Armee aufzustellen, so will auch die kommunistische Theorie zunächst die alte Produktion vollständig zerschleht und zerstören, um nach einer mehr oder weniger langen „Ubergangsperiode“ ein neues Produktionssystem aufzurichten. Hier liegt die große Scheidelinie zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. Denn, wenn die Produktion zerstört und zerstört wird, wie soll die Gesellschaft leben, bis die neuen Produktionsformen aufgerichtet sind? Ohne Armee ist das Leben der Gesellschaft möglich, ohne Produktionsapparat jedoch ist höchstens eine Lebenshaltung denkbar, wie sie heute die russischen Arbeiter mit einem Monatslohn von 5 bis 10 Goldrubel haben.

Nun ist die Sowjetregierung so weit, daß sie nicht nur die kommunistische Wirtschaft aufhebt, sondern auch die „Arbeiterkontrolle“ in privaten Betrieben direkt verbietet. So hat der Zentralrat der Gewerkschaften am 20. Oktober 1921, natürlich mit Zustimmung der Regierung, in seiner Resolution erklärt: „Die Gewerkschaften müssen gegenwärtig von der „Arbeiterkontrolle“ in privaten, verpackten und konzeptionierten Unternehmen absehen.“ Man komme uns nicht mit der Redensart, daß in Rußland, wo die kommunistische Partei am Staatsruder ist, eine „Arbeiterkontrolle“ unnötig sei. Denn selbst die Sowjetpresse ist heute mit Korrespondenzen überfüllt, die von einer fabelhaften, in Deutschland ganz undenkbar Ausbeutung der russischen Arbeiterchaft Zeugnis ablegen.

In Deutschland handelt es sich, das muß mit aller Schärfe gesagt werden, nicht um Einzelercheinungen in den Betrieben, die lokal geheilt werden könnten, sondern um allgemeine volkswirtschaftliche Krisenerscheinungen. Es ist die unaufhaltsam fortschreitende Entwertung der Mark, die alle Verbesserungen, Lohn-erhöhungen, Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes zunichte macht. Gegen die Entwertung der Mark durch „Arbeiterkontrolle“ zu kämpfen, ist aber ebenso töricht, wie mit Papierkugeln gegen eine Feilung schießen.

Verfolgung antisemitischer Ausschreitungen.

Der preußische Justizminister Am Jahnhoff hat unter dem 23. September 1922 folgende Verfügung erlassen:

Wiederholt sind, insbesondere aus dem Bezirk eines Oberlandesgerichts, Fälle zu meiner Kenntnis gelangt, in denen gegen antisemitische Ausschreitungen nicht mit dem erforderlichen Nachdruck eingeschritten ist. E. S. ersuchte ich, dahin zu wirken, daß von den Staatsanwaltschaften gegen solche Ausschreitungen tatkräftig eingeschritten, daß insbesondere alsbald eine erschöpfende Aufklärung des Sachverhalts herbeigeführt und die Anklage in der Hauptverhandlung mit Nachdruck vertreten wird. Ich ersuche auch zu prüfen, ob es sich zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt, die eingeleiteten Verfahren der Kontrolle durch den Leiter der einzelnen Staatsanwaltschaften oder einen Abteilungsleiter zu unterstellen.

Ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung wird regelmäßig dann anzunehmen sein, wenn die Verletzung usw. als Ausmaß und Ausdruck allgemeiner antisemitischer Gesinnung begangen ist. Bei Anzeigen von Vergehen gegen § 130 W. G. B. ist zu beobachten, daß die Juden als Klasse im Sinne dieser Vorschrift anzusehen sind (Trennung des Reichsgerichts in Strafsachen Bd. 32 S. 352). Wenn es bei Verfahren aus § 166 W. G. B. zweifelhaft erscheint, ob die Beschimpfung sich gegen eine „Einrichtung“ oder einen „Gebrauch“ der jüdischen Religionsgesellschaft richtet, wird es sich empfehlen, wegen Anordnung geeigneter Sachverständiger mit den Organisationen der jüdischen Staatsbürger in Verbindung zu treten, um die Frage, ob gegen ein freisprechendes Erkenntnis des zuständigen Rechtsmittel einzulegen ist, sorgfältig zu prüfen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erhebt über diese Verfügung ein ungeheures Geschrei, als ob damit eine privilegierte Sonderstellung für die jüdischen Mitbürger geschaffen würde. Sie wehklagt, der Jude werde in Preußen „Tabu für jeden Staatsbürger, der nicht zum auserwählten Volk gehört“. In Wirklichkeit liegt die Sache gerade umgekehrt. Eine Anzahl Gerichte haben bisher systematisch den Juden jeden Schutz gegen Ausschreitungen und Eingriffe antisemitischer Kräfte verweigert. Wir erinnern nur an die bekannten Fälle, in denen das Auspucken am Judenfriedhof für straflos erklärt wurde, ebenso die Abfindung des Liedes „Blut muß fließen, Judenblut“. So, selbst der Ruf „Schlagt die Juden tot!“ in einer Demonstration, die tatsächlich Exzesse gegen Juden beging, wurde von einer preußischen Gerichtsbehörde für nicht strafbar erklärt. Wenn der preußische Justizminister gegen diese Verwilderung des Rechtsbewußtseins durch antisemitische Einflüsse vorgeht, so tut er lediglich seine Pflicht. Denn zu welchen Konsequenzen die ungehinderte antisemitische Hege führt, das haben der Mord an Walter Rathenau und das Bombenattentat auf die Mannheimer Börse wohl deutlich genug bewiesen.

Kritik am Fehrenbach-Urteil.

In München scheint man durch das Echo des Fehrenbach-Urteils einigermaßen nervös zu werden. Wie das bei schlechtem Gewissen üblich ist, kehrt sich die Nervosität gegen die ungewohnte Kritik, die man einschlagen möchte, weil man sie nicht widerlegen kann. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ fordern, daß sich das bayerische Justizministerium mit dem „Vorwärts“ befassen möge.

Uns kann gar nichts Unangenehmeres geschehen, als daß uns Gelegenheit geboten wird, das Münchener Schreckens- und Fehltritt in öffentlichem Gerichtsverfahren an den Pranger zu stellen. Im Falle Dregus, dem der Fall Fehrenbach immer ähnlicher wird, hat die französische Reaktion ja auch zunächst die Kritik durch Anklagen einschüchtern versucht. Emile Jola, Scheurer-Kestner usw. wurden wegen ihres Kampfes für das Recht vor Gericht gestellt; aber gerade ihre Prozesse haben die Entrüstungslawine über den Justizmord ins Rollen gebracht.

Das Münchener Justizministerium möge daher tun, was ihm beliebt. Viel Freunde wird es bei seinem Vorgehen nicht finden. Schon beginnen immer weitere, selbst rechtsstehende Kreise, von dem Fehrenbach-Urteil abzurücken. Die völksparteiliche „Zeit“ nennt die in München ausgesprochene Strafe von 33 Jahren Zuchthaus „erschreckend hoch“ und spricht aus, daß man Zweifel hegen könne, ob diese Strafe dem Verbrechen der Angeklagten entsprechende. Wenn trotzdem die „Zeit“ es nicht unterlassen kann, gegen uns den Vorwurf zu erheben, daß wir „die Verurteilten beschönigen“ und damit einen „Tiefstand des moralischen und vaterländischen Empfindens“ zeigen, so hat die „Zeit“ nur übersehen, daß derartige Vorwürfe auf Grund ihrer eigenen Kritik des Urteils gegen sie selber erhoben werden könnten — nämlich von Leuten, die der „Zeit“ gegenüber das gleiche Maß von Böswilligkeit und Verdrehungsbuch besitzen wie sie gegenüber. Denn selbst die „Zeit“ könnte allmählich begreifen, daß es uns gar nicht einfällt, den Landesverrat zu verteidigen, sondern daß unser Kampf der willkürlichen Ausdehnung des Landesverratsparagrafen auf Tatbestände gilt, die nichts mit ihm zu tun haben.

In der „Deutschen Tageszeitung“ sucht sich Herr Paul Bäcker noch einmal aus dem Konflikt herauszuwinden, der ihn durch seine Doppeltstellung als Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse und Schriftsteller eines reaktionären Blattes erwächst. Er präzisiert jetzt seinen Standpunkt dahin, daß das Gericht doch wohl in der Bewilligung mildernder Maßnahmen hätte weiter gehen und auf Festungshaft hätte erkennen sollen. Aber dieser Kompromißstandpunkt läßt den Kern der Sache unberührt. Es handelt sich zunächst gar nicht um die strenge oder milde Beurteilung des Tatbestandes, sondern es handelt sich darum, ob die Berichterstattung über Geheimorganisationen und Waffenlager, die dem Gesetz und dem Friedensvertrag zuwiderlaufen, überhaupt den Tatbestand des Landesverrats darstellen kann. Nicht danach, ob Zuchthaus oder Festungshaft verhängt worden ist, hat gerade die Presse in erster Linie zu fragen, sondern für sie ist der springende Punkt, ob sie eine derartige Einschränkung der Berichterstattung stillschweigend dulden kann.

So viel aber sollte selbst die bayerische Regierung aus dem Schwanken und der Ratlosigkeit der Reichspresse begreifen, daß sie in dem Kampf um das Fehrenbach-Urteil moralisch alles gegen sich hat, daß dieses Schreckensurteil ihrem eigenen Ansehen wie dem ihrer Justiz in höchstem Maße schädlich gewesen ist, — von den schädlichen Folgen für die Reichsaußenpolitik ganz zu schweigen.

Es kriselt in Bayern.

München, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu den Andeutungen der „Münchener Post“, daß ein Regierungswechsel in Bayern wegen der bayerischen Steuerdenkschrift bevorstehe, schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in auffallend zurückhaltender Weise: „Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Bayerischen Volkspartei brauchen aber nicht die Ursache zu weitgehenden Folgen zu sein, wie sie in der „Münchener Post“ angedeutet sind. Die „Augsburger Volkszeitung“ gibt zu, daß sich die Lage ernstlich zuspitzt hat und daß sich Geiseln und sonstigen schweren Entscheidungen stellen lassen könne. Die Denkschrift sei durch den Gang der Ereignisse als erledigt zu betrachten.“

500 Prozent Wohnungsbaubgabe.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem Plenum die Annahme der Regierungsvorlage zu empfehlen, in der die Erhebung einer Wohnungsbaubgabe in Höhe von 500 Proz. der Friedensmiete gefordert wird.

Politischer Ausflug.

Von Bruno Frei.

Sonntag um acht Uhr morgens sammelten sich auf dem Potsdamer Platz die heidischen Ausflügler, die Ausflügler ins Heidische. Man merkte es an den zusammengeordneter Fahnen, — man hat noch nie kleine Kinder ohne Fahnen Heiden spielen gesehen — die unter den Wänteln brackelten.

Draußen lagte das herbstliche Land unter der warmen Bedeckung der Sonne, lagte das traurige Lächeln des Herbstes, das die reife Frau so schön macht, wenn sie den Färllichkeiten ihres jugendlichen Fremdes lacht. In verspäteter Schönheit nahm der Garten von Sanssouci Abschied vom Leben, noch ein letztes Mal in die Straßen der Sonne geschmiegt. Wehmüt weht durch den sterbenden Wald, erschauernd ahnt der Mensch, wie das Verwesene Leben ist und das Sterben auferstehen. Heiterer Friede liegt in der Landschaft; kein Gedächtnis — und sei es das verwerfendste und niedrigste — kann sich der Macht der Natur entziehen, die im fallenden Laub verborgen liegt.

Doch — vom Neuen Palais her grüßt ein Chor: „Fest steht und treu, die Waacht, die Waacht am Rhein.“

Die menschlichen Organophosphaten sind ausgezogen.

Ein Zug kommt durch die Allee. Die Fährlein sind entkoffert: schwarzweißrot und schwarzweiß. Mit Gott für Kaiser und Reich! Bierjährige Krieger — zukünftige natürlich! — rippeln hinter beidenhöflichen Gymnasten. Zum feierlichen Stechschritt sind die Beine zu kurz, Schwestern und Mütter tröten hinten nach, für alle Fälle. Es könnte einer der niedlichen Jungen die Nase gepunkt haben wollen. Oder sonst was.

Vor einem kleinen Rundbau stehen viele Menschen. Politische der Republik schreiben auf und nieder. Einer antwortet auf meine Frage, was das sei, mit gedämpfter Stimme und strenger Miene: „Da liegt die Kaiserin!“ Verhasstet wurde ich nicht, weil ich sofort legitiem nachmies, daß ich hier fremd sei. Zum erstenmal in Potsdam!

Es braucht ein Auf, wenn auch nicht wie Donnerhall, aber doch, nämlich vom Turm der Garnisonkirche. Achtundvierzigmal des Tags predigt das Glockenspiel dem deutschen Volk: „Ueb' immer Treu' und Redlichkeit!“ — und es nützt nichts.

Auf dem Bahnhof werden die Fahnen doch wieder eingerollt und vorsichtshalber unter den Mantel gesteckt, wo sie schließlich auch ganz gut aufgehoben sind.

Nach einmal und noch einmal küßt die Sonne den Wald. Sie lieben einander so sehr und wollen den Abschiedstag auskosten bis zur Reize.

Die Halentreuzpredigten — sind die besten! — gröhlen nur noch aus der Ferne.

Die Natur lacht. Pan und Rymphy lichern. Ihr glaubt es nicht. Ich hab's gehört.

Und bin doch traurig.

Berliner Kabarets. Die Kenner sind darüber einig, daß die russischen Kabarets in Berlin mehr Eiz, Charakter und Einheitsart haben als die deutschen. Berechterweise muß man aber hin-

zufügen, daß das deutsche Brecht viel schwerere Aufgaben zu lösen hat, falls es überhaupt eine Antisemitische und nicht bloß eine erotisch aufgewachte Sektangelegenheit sein will. Es muß natürlich die Zeit spielen und kann sich nicht ins Nirwana des Deforativen flüchten. Also Spott, Ironie, Satire? So, aber nur keine, die die Kunden vertreibt. Politik? Ja, mit antirepublikanischen Epigen. Das jahrgangsmordene „Größenwahn“-bänkeln von Gustav Gründgens verzichtet ganz auf den politischen und zeitpolitischen Einschlag und gibt nur Unterhaltungsanteile: Keine Szenen und Chansons. Sein Schloßer ist die Verkörperung der Wanderdügel, demselben der neue „Mensch“, von ihm selbst mit Eise Esher, zum Duzen lustig herangebracht. Daneben ein paar gute Coupletsänger: Harald Paulsen und Erich Walter.

Die „Wilde Bühne“, die unter Trude Hesterbergs Prinzipalschaft steht, hat sich ein neues expressionistisches Milieu zugelegt und gibt der Szene auch Farben, wenn auch lange noch nicht genug. Wichtig, viel gewandt und in manchen Saiteln gerast ist der verantwortliche Hausdichter: Walter Mehring. Er hat Schmilch, Ein- und Ausfallfreudigkeit und packt Stimmungen des Tages. Aber als Vortragender ist er nur zweiten Ranges. Die Kritik besorgt anscheinlich W. R. Heemann. Die edelste der Brechtinistinnen ist hier Trude Hesterberg selbst; aus ihren Gesten und Blicken lichtet verführerische Schmelze. In Landstreichs- und Soldatenliedern entwirft Käthe Kuhl raffiges Temperament. James ist Fritz Komper als Urbarger in seiner Parodie auf die Oberammergauer. Dora Paulsen bringt den Berliner Chanson zu Ehren, herzlich und zärtlich. Spielmannspoesie und Bauerntänze führten Aders-Garden vor. Wilhelm Bendow ist als Plauderer voller Schärfe, als Darsteller „einer besseren Sache“ — männliche Koketten — geht er hart an die Grenzen des Möglichen. Endlich: Szenen, in denen Reinhard Maur eine proteste antimilitaristische Vision von Scheerhart mit Wucht und nachdem Rhythmus gestaltet — oder als angelegter Mörder der Justiz der Gesellschaft und den großen Schlächtern bissige Wahrheiten sagt.

Die „Wilde Bühne“ gibt vieles, aber sie könnte mehr geben, wenn sie stärkere Abwechslung (statt des einen Mehring) und einen ganzen Reiz brächte.

Hans Schomburgk, der, einer Forscherstärke hingegen, 17 Jahre in Afrika weilte, hielt in der Urania einen Vortrag über Liberia. Frisch, anschaulich und überaus lehrreich sprach er von diesem kleinen Lande an der Nordwestküste des schwarzen Erdteils. Er machte eine scharfe Trennung zwischen den Liberianern und den Eingeborenen. Die Liberianer sind Schwarze, die von den Amerikanern gewaltsam zur Auswanderung gezwungen, ohne Anfechtung an ein Mutterland Liberia eroberten. Liberia ist frei, es hat einen Präsidenten, Staatsminister, 13 Unterhaus- und 9 Oberhausmitglieder. Staatsform, Häuserbau, die Fahne und noch manches andere können sich dem amerikanischen Muster an. Die Regenzeit ist in Liberia besonders schlimm, denn es regnet jeden Tag 24 Stunden 7 Monate lang. Der ewige Regen ist natürlich auch Fortschreitungsreisen nicht zuträglich. Interessant waren ferner die Schilderungen der Ergebnisse am Kongo. Man sah Bilder von der Kanoo-Bahn, der man nachsagt, daß sie bei ihrer Entstehung auf jedem Kilometer das Leben eines Weizen und auf jedem Meter das Leben eines

Schwarzen koste. Mit ganz auserlesenen Landschafts- und Tieraufnahmen wartete der Vortragende auf. Ein Film wurde man dann mit der Eisenindustrie der Eingeborenen bekanntgemacht. Man sah die Hochlöcher aus Lehm, die man nach jeder Beschädigung erneuert läßt, ebenso erblickte man die Baumwollindustrie der Eingeborenen und die Baumwolle in ihren wechselnden Schicksalen vom Felde bis zum fertigen Kleid. Schomburgk gedankt Dezember wieder nach Liberia zu fahren, wo man keinen Deutschschach kennt. — Das ist ja auch erklärlich, denn die Leute dort lernten ernste Forscher, tiefgründige Wissenschaftler kennen, die sich wohl immer, wenn die Verhältnisse nicht gar zu widerwärtig sind, durchsetzen werden. Unendlich geschätzt haben dem deutschen Ansehen aber die Herrschin, die wegen E- und Weiberschichten Deutschland verlassen mußten und dann „Kultur“ nach dem schwarzen Erdteil brachten. c. h.

Der unbekannte Reichspräsident. Eine schier unglaubliche Postgeschichte erzählt Stefan Großmanns „Tagebuch“.

Ein Brief mit der Adresse „An den Herrn Reichspräsidenten Ebert“ hat die Berliner Post kürzlich mit dem Bermerk zurückgeben lassen: „Ohne nähere Adressenangabe unbestellbar.“ Der in Berlin tatsächlich vorhandene Herr Ebert ist für gewisse Postbeurteile also nicht vorhanden. Um so bemerkenswerter, daß der in Berlin tatsächlich nicht mehr vorhandene Wilhelm II. für die gleiche Kategorie von Postbeamten gütlich noch immer vorhanden ist. Dieser Tage kam eine Karte aus Belgien an, — französisch, wenn auch falsch geschrieben. „A monsieur l'Empereur“ lautete die Anschrift; gezeichnet war sie „Un homme avec deux lettres“. Der Inhalt war mir, kaum richtig zu entziffern, es sprach ein Geisteskranker baron. In diesem Falle verlor der Postmann nicht nur die fremde Sprache, er ergänzte dienstfertig sogar selbst die Adresse mit dem — für das frühere Hofpostamt durchaus zutreffenden — „Lindenstraße 2, Berlin C. 2, Schloß“. Leider befindet sich in Berlin C. 2, Schloß, nicht mehr das Hofpostamt, sondern das Institut für angewandte Psychologie, Direktor Professor Otto Doppmann. Das war also die geeignete Instanz, Betrachtungen über die Geistesverfassung nicht nur des belgischen Schreibers, sondern auch des deutschen Postmenschen anzustellen.

Eine Barrede Poincaré zu den Geschichtstafeln von Ex-Wilhelms. Der französische Verleger Alfred Costes hat den Verlag der bekannten „Geschichtstafeln“ Kaiser Wilhelms für Frankreich übernommen. Er bringt zu gleicher Zeit und im selben Format eine Antwort heraus, die von zwei französischen Historikern Charles Appuhn und Pierre Renouvin verfaßt ist. In dieser Gegenschrift werden die von Wilhelm angeführten Zeugnisse kritisch beleuchtet. Zu dieser Widerlegung hat nun Poincaré ein Wort mit geschrieben, in dem er darzutun sucht, daß die „Geschichtstafeln“ auf geschichtliche Wahrheit keinen Anspruch machen können.

Man scheint die Schilderungen unseres Verstorbenen in Frankreich erst zu nehmen als in Deutschland. Wir kennen ihn besser.

Die Große Volkspartei, die zunächst nur die Absicht hatte, im April zu wählen, ist jetzt in der Lage, ihre Spitzen im Herbst des Westens auf den nächsten Sommer auszubedenken. Dem hingetretene Antisemit erhalten insollend von Stommische. Die Ausgabe neuer Zeitschriften erfolgt Wobnplatz 7 und im Bureau des Theaters des Westens, Kantstr. 9.

Die Reise der Reparationskommission.

Paris, 25. Oktober. (W.Z.) Unter den Delegierten der Reparationskommission, die am Sonntag nach Berlin abreisen, befinden sich nach einer Hoos-Reduktion Barthou, Brabourg, Salvoage-Raggi und Delacroix mit sämtlichen Beisitzern. Mit ihnen reist der Generalsekretär der Kommission und einige Beamte, im ganzen 15 Personen.

Nach Pariser Meldungen soll der Berliner Aufenthalt der Reparationskommission ein bis zwei Wochen dauern. „Journal“ schreibt: Barthou, der wirklich, so notwendige und so ungeduldig erwartete Ergebnisse ergeben will, hat gewiß nur widerwillig die Reise nach Berlin angenommen. Er hat durch seine Abstimmung nicht die Einmütigkeit verhindern wollen, gibt sich aber sehr wahrscheinlich keine Illusionen über die absolute Wirkungslosigkeit dieses Beschlusses hin. Wenn die Reparationskommission nach Berlin geht, wird sie eine leere Kasse feststellen. Nicht die deutsche Regierung wird ihr die Mittel bezeichnen, die zum Nutzen Frankreichs ausgenutzt werden könnten. Im ganzen hat man einige Tage verloren. — „Zeit Journal“ sagt, die Entscheidung bedeute augenscheinlich ein Kompromiß zwischen der französischen und der englischen These und sei deshalb für die Beziehungen der beiden Länder unter dem neuen englischen Ministerium ein gutes Vorzeichen. Brabourg hat erklärt: Wir nehmen die Kontrolle an, wenn die Franzosen bereit sind, über ihre Ausführung mit Deutschland zu verhandeln, anstatt sie aufzuwogen. Das ist die ganze Erklärung der Reise der Reparationskommission nach Berlin. Das Wortorium, das Brabourg vorgeschlagen und das die französische Delegation formell zurückgewiesen hat, weil es zur Kompetenz der Brüsseler Konferenz gehört, scheint nunmehr grundsätzlich als eine von der Reparationskommission ins Auge gefasste Lösung beseitigt.

Kunstdünger-Reparatur!

Wenige Tage nachdem die preussische Staatsregierung dem Reich vorgeschlagen hat, angesichts des großen Mangels an inländischem Kunstdünger die Landwirte mit dem teuren Chilisalpeter für das Umlagegetreide zu bezahlen, kommt folgende Meldung aus Paris, die sich würdig den anderen selbstmörderischen Anschlägen der Politik des Bloc national auf die deutsche Volkswirtschaft anreihet:

Paris, 25. Oktober. (W.Z.) Im Ministerrat wurde auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers beschlossen, neben den übrigen Sachlieferungen von Deutschland auch den für die französische Landwirtschaft erforderlichen Stickstoff zu verlangen.

Neue Kohlenforderungen der Entente.

Im Zusammenhang mit einer in der Presse verbreiteten Meldung über eine Entente mit neuen Kohlenforderungen erfährt die Lesung von zuständiger Seite:

Eine Note der alliierten Regierungen ist im Laufe des Monats Oktober eingetroffen, die neue Kohlenforderungen an die deutsche Regierung stellt. Am 21. Juli d. J. war zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten vereinbart worden, daß in der Zeit vom 1. August bis zum 1. November 1923 600 000 Tonnen deutsche Kohlen und 25 000 Tonnen obersteilische Kohle an die Alliierten geliefert werden sollten. Wenn die gesamte deutsche Kohlenförderung 8,3 Millionen Tonnen übersteigt, sollte die deutsche Regierung 20 Proz. des Uberschusses an die Alliierten abtreten. Nach dem Verluste Oberschleusens und bei der Haltung der polnischen Regierung war es der deutschen Regierung unmöglich, obersteilische Kohle zu beschaffen. Unter empfindlicher Schädigung der deutschen Wirtschaft gelang es in den Monaten August bis Oktober 1,5 Millionen Tonnen Kohle an die Alliierten zu liefern. Trotzdem trotz Mitte des Monats eine neue Note der Alliierten ein, die außer den vereinbarten 600 000 Tonnen Kohle noch 20 Proz. des Förderungsüberschusses verlangt. Dieser Uberschuß würde monatlich weit über 200 000 Tonnen ausmachen. Die Reichsregierung sieht sich nicht in der Lage, diese For-

Maria Montessori, die am 27. Oktober in Berlin einen Vortrag über ihre Erziehungsmethode halten wird, war die erste Frau, die in Italien studiert hat. Als junge Hilfsärztin tat sie an der Psychiatrischen Klinik in Rom Dienst. Unter den ihr anvertrauten Kranken waren auch eine Anzahl schwachsinntiger Kinder. Diesen Kindern zu helfen, war ihr Sinn von Anfang an. Als echter Wissenschaftler begann sie ihr Werk damit, daß sie monatlang vom frühen Morgen bis zum Abend mit den Kindern zusammen war, aber nichts anderes tat, als sie schatz zu beobachten. Sie erkannte, daß der Weg zu ihren Seelen und zur Entwicklung ihres Verstandes nur über die Entwicklung ihrer Sinne führen konnte. Und sie erdachte schöne Spielzeuge, die so beschaffen waren, daß Beschäftigung mit ihnen gleichzeitig Sinnesübungen waren. Nach einer ähnlichen Methode, die die junge Ärztin während ihrer weiteren Arbeit mit den Kindern fand und entwickelte, lernten sie bald auch schreiben, lesen und rechnen. Nach zwei Jahren wurden die Kinder mit gleichaltrigen Kindern der Volksschule zusammen gepreßt, und die kleinen Schwachsinntigen standen in ihren Kenntnissen nicht hinter ihren glücklicheren Altersgenossen zurück. Die Prüfungskommission sprach der erfolgreichen Lehrerin ihre bewundernden Glückwünsche aus, aber Maria Montessori war mehr erschrocken als erfreut. Wie ist es möglich, fragte sie sich, daß meine armen Kleinen die normalen Kinder in ihren Schulleistungen einholen, zum Teil sogar überflügeln konnten? Schlägt man denn beim Unterricht der normalen Kinder einen solchen Weg ein? Dieser Gedanke ließ sie nicht mehr los. So entschloß sie sich, ihren Beruf aufzugeben und die Erziehungswissenschaften zu studieren. Reisen durch Deutschland, Frankreich und England unternahm sie zu dem Zweck, alle Einrichtungen, die in diesen Ländern für die Erziehung und den Unterricht normaler Kinder getroffen waren, zu studieren. Sie kehrte nach Rom zurück, und mit der gleichen Liebe und Geduld, die sie einst den kleinen Jünglingen in der Universitätsklinik zugewandt hatte, begann sie die normalen Kinder in den Kinderheimen der „Gesellschaft für gemeinnütziges Benehmen“ zu beobachten. Mit diesen Kleinen erarbeitete sie die Erziehung- und Unterrichtsmethode, nach der jetzt in allen Kulturländern, bis nach Indien und Japan, hin, Kindergärten und Schulen eingerichtet werden. Die meisten und die am besten ausgestatteten Schulen nach dem Montessori-System haben Holland, England, die Vereinigten Staaten und Spanien.

Dr. Victor Millardet Dejar Schaden durch einen Stöber. Das amerikanische Außenministerium veröffentlicht eine Schätzung, der zufolge der durch den Stöber verursachte Schaden bei der Baumwollenernte von 1921 auf 750 Millionen Dollar angesetzt wird. Es ist die gewaltigste Schädigung, die bisher durch dieses gefährliche Insekt hervorgerufen wurde. — Der Baumwollwurm ist ein kleiner, grau-grüner Käfer von etwa ein Viertel Zoll Länge; er wanderte aus Mexiko in die Vereinigten Staaten ein und machte sich zum ersten Male im Jahre 1893 in den Baumwollfeldern von Texas bemerkbar. Dann ist er Jahr um Jahr weiter nordwärts gewandert und hat den amerikanischen Baumwollfeldern bereits ungeborenen Schaden zugefügt.

Wilhelm Voße, der Goethe-Restaurator, ist in Weimar infolge eines Hirnanfalls verstorben. Seine Arbeiten waren dem Leben mit Goethe, soweit es sich um Goethe gruppierte, und dem letzten Lebensstadium Goethes gewidmet.

derung zu erfüllen. Vor einer ablehnenden Antwort beabsichtigt der Kanzler, am Sonnabend mit Führern der Industrie in Verbindung zu treten, um die zahlenmäßigen Unterlagen für die ablehnende Antwort zu gewinnen. Um unser Wirtschaftsleben im Gang zu erhalten, um Eisenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke genügend zu versorgen, ist in den letzten Monaten für 8 bis 9 Milliarden Papiermark ausländische Kohle eingeführt worden. Unter diesen Umständen würde die Erfüllung der Forderungen der Entente den Zusammenbruch unseres gesamten Wirtschaftslebens bedeuten.

Regelung der Ausgleichszahlungen.

Das von den Vertretern des Reichsausgleichsamts mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsamter am 21. Oktober unter Vorbehalt der Ratifikation vereinbarte Abkommen über die künftige Regelung der Zahlungen im Ausgleichsverfahren hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Deutschland ist bis zum 10. Juli 1923 von fünfjährigen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren befreit. Zur Begleichung der noch ungedeckten deutschen Verbindlichkeiten, deren Umfang vorläufig im Wege des Kompromisses auf 24,2 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, verpflichtet sich die deutsche Regierung, Schahanzahlungen in Höhe dieses Gesamtbetrages auszustellen, die vom 10. Juli 1923 an bis zum 10. Oktober 1928 in monatlichen, von 300 000 Pfund allmählich bis auf 500 000 Pfund ansteigenden Teilbeträgen fällig sind. Die Schahanzahlungen werden bei der Reichsbank hinterlegt, die als Treuhänder der alliierten Ausgleichsamter die Beträge bei Fälligkeit einzieht. Stellt sich im weiteren Verlauf des Ausgleichsverfahrens heraus, daß der deutsche Gesamtschuldüberschuß den Betrag von 24,2 Millionen Pfund Sterling übersteigt, so werden über den Restbetrag weitere Schahanzahlungen auszugeben, die vom 10. November 1923 ab in Monatsraten von 500 000 Pfund fällig sind; erweist sich dagegen der Gesamtbetrag der deutschen Schuld als geringer, so werden die zu seiner Deckung nicht erforderlichen Schahanzahlungen Deutschland zurückgegeben und etwa zuviel geleistete Barzahlungen bar zurückgezahlt. Eine Bürgschaft für die Schahanzahlungen oder eine anderweitige Garantie ist nicht vorgesehen.

Das Abkommen soll zunächst der Reparationskommission mitgeteilt werden. Für den Fall ihres Einverständnisses ist eine Frist von sechs Wochen für die Ratifikation durch die beiderseitigen Regierungen vorgegeben. Ob deutschseits ratifiziert werden kann, wird davon abhängen, ob die Regelung der Reparationsfragen die Möglichkeit einer Erfüllung des Abkommens offen läßt.

Oesterreichische Finanzmaßnahmen.

Wien, 25. Oktober. (W.Z.) Nationalrat. Die Regierung brachte eine Vorlage ein, in der der Finanzminister ermächtigt wird, zur Deckung des Defizits durch Begebung kurzfristiger aus den internationalen Sonierungskrediten rückzahlbare Schatzscheine Kredite bis 50 Millionen Goldkronen oder deren Gegenwert in Papierkronen zu beschaffen. Der Finanzminister wird gleichzeitig ermächtigt, zur Sicherstellung dieser Kredite, sowie des vom Nationalrat beschlossenen 750-Milliarden-Kronen-Kredits die Erlöse der Zölle und des Tabakmonopols ganz oder teilweise zu verwenden. In der Begründung dieser Vorlage wird erklärt, daß die Regierung mit den österreichischen Finanzinstituten Verhandlungen über die Ausbringung von 100 bis 150 Millionen Goldkronen angeknüpft habe, die schon sehr weit gediehen seien. 30 Millionen Goldkronen übernehmen die österreichischen Kreditinstitute fest, etwa 20 Millionen Goldkronen sollen im Publikum untergebracht werden, wobei die Banken den Erfolg der Emission garantieren sollen.

Eine deutschvölkische Perle.

Neuer Prozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 25. Oktober. Vor dem Staatsgerichtshof steht heute der Bandwirtschafstselewe Rudolf Zieple aus Greifswald, der beschuldigt wird, nach dem Rathenau-Morde einen Haftbefehl gegen die Würder Rathenaus abgerissen und an seine Stelle ein Spottgedicht folgenden Wortlauts geklebt zu haben:

Niedergerne ist Walter Rathenau,
Die goldverdamnte Judenfrau,
Und auch den Dr. Wirth,
Haut auf den Schädel, daß es kirtt.
Nieder mit der Republik. Gezeichnet A. G. D. C.

Auf die Frage des Vorsitzenden erwidert der Angeklagte, daß das bedeute: Aktiengesellschaft Ober-Confusionsrat.

Mit Recht hob der Reichsanwalt hervor, daß man den Prozeß Zieple vor dem Staatsgerichtshof gebracht habe, weil einmal gezeigt werden mußte, daß mit der Verlesung solcher Sachen Ernst gemacht wird. Das kommt der Öffentlichkeit in ganz anderem Maße durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs als durch das eines lokalen Gerichts zum Bewußtsein, das über einen gewissen Umkreis kaum hinausdringt. Der Wirtschafstselewe Zieple ist ein verheirateter, dummer, leichtsinniger Junge, Vorlesungsbesuchant und nationaler Held, ein Produkt ökonomischer Erziehung, die er in der Arbeitsgemeinschaft Rohbeck und auf den Herbergen genossen hat. Er schämt sich nicht, zu behaupten, daß er die rohe Beschimpfung eines Toten und die Aufforderung zum Mord als einen Scherz aufzufassen hat.

Der Staatsgerichtshof fügte nach eingehendlicher Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Verlebens des öffentlichen Haftbefehls gegen die Würder Rathenaus wegen Vergehens gegen den § 5 der Verordnung zum Schutze der Republik sowie des § 6 des Gesetzes zu einer Gesamtkstrafe von neun Monaten Gefängnis, von denen drei Monate auf die Untersuchungsanstalt angerechnet werden, verurteilt. Aus der Urteilsbegründung ist zu ersehen, daß der Staatsgerichtshof Böswilligkeit bei Begehren der Tat angenommen hat. Die außerordentliche Rohheit der Gefinnung und eine Vorstrafe des Angeklagten spielen erschwerend ins Gewicht.

Devisenkurse.

	25. Oktober		24. Oktober	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	1745.92	1744.98	1720.68	1729.92
1 argentinischer Papier-Peso	1003.45	1011.82	1581.00	1588.97
1 belgischer Franc	291.76	293.24	279.80	290.70
1 norwegische Krone	800.-	804.-	785.58	789.47
1 dänische Krone	802.70	807.24	888.78	888.22
1 schwedische Krone	1192.-	1198.-	1174.00	1179.95
1 finnische Mark	108.98	107.47	103.74	104.26
1 japanischer Yen	2139.63	2150.87	2119.68	2180.82
1 italienische Lire	179.56	180.45	179.55	180.45
1 Pfund Sterling	19850.25	19949.77	19800.87	19899.13
1 Dollar	4483.81	4486.19	4408.95	4431.05
1 französischer Franc	817.20	818.80	811.71	815.29
1 brasilianischer Rikreis	498.76	498.24	488.77	491.23
1 Schweizer Franc	817.95	822.00	805.48	809.52
1 spanischer Pesta	651.29	684.71	670.81	674.19
100 österr. Kronen (abgest.)	6.08	6.07	5.88	5.92
1 tschechische Krone	144.18	144.87	142.64	143.90
1 ungarische Krone	1.76	1.78	1.71	1.73
1 bulgarischer Lewa	28.92	29.06	30.80	30.96

100 Polenmark galten im freien Verkehr etwa 85 M.

Wirtschaft

Währungsstärkung oder was sonst?

Eine außerordentlich sorgfältige Würdigung findet die Frage, ob das Gold der Reichsbank zur Stärkung der Währung herangezogen werden soll, in einem Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“. Nachdem sie den Widerstand der Reichsbankleitung gegen die Verwertung eines Teiles des Goldes zu Währungszwecken beleuchtet hat, schreibt sie:

Im ganzen ist es eine Frage der Entscheidungsfähigkeit und des Mut. Es handelt sich um ein verzweifeltes Mittel, um einen letzten Versuch. Und niemand vermag zu garantieren, daß der Versuch gelingen, daß nicht schließlich die Flut auch nach dieser letzten Barriere überspülen werde — daß die Neuregelung der Reparation und die große Atempause, die wir unbedingt brauchen, rechtzeitig und in der richtigen Weise kommen werde. Niemand vermag das zu garantieren. Über diejenigen, die deshalb das Wagnis abzuwehren, müssen Antwort auf die Frage geben, was sie denn ihrerseits an positiven Mitteln vorschlagen, und was aus Deutschland werden soll, wenn wir in feilschlicher Anbetung — denn darum handelt es sich — vor dem Goldschy liegen bleiben und untätig den Wagen dem Abgrund weiter zerrollen lassen, bis es den Siegern endlich beliebt werde, uns zu reiten. Jeder Tag, der jetzt ungenützt verstreicht, bedeutet neue Expropriation derjenigen Schichten, die ohnehin schon fast bis aufs letzte expropriert sind, bedeutet neue Gefährdung der großen Volksmassen, neue Zerrüttung der Wirtschaft und eine Entstaatlichung des Staates, der, immer unfähiger zur normalen Erfüllung seiner Funktionen, nachgerade in ein Scheitern hineingerät, während unabhängig von ihm und vielfach gerade in entgegengesetzter Entwicklung die Wirtschaft ihr eigenes Leben weiterführt. Ueberdies: von den Siegern haben wir, wenn wir weiter untätig bleiben, nicht Rettung, sondern schlimmstes Verhängnis zu erwarten. Die Deutschösterreicher von dem Völkertum angelegene Entmündigung, noch mehr die neuesten Vorschläge Frankreichs an die Reparationskommission zeigen es. Was uns droht, ist der Zwang zur Sanierung, wenn wir sie nicht freiwillig versuchen, ein Zwang, der die Regierung des Reiches völlig zum Büttel der Sieger und zugleich deren Willen auch für die Art und für die Mittel der Sanierung maßgebend machen soll: was dann aus der deutschen Wirtschaft würde, wenn das Ausland entscheidet, was aus der Welt werden und auf welchem Niveau eine Stabilisierung eintreten oder gar (ein unvorstellbarer Gedanke) ein neues Geld an die Stelle der Mark gesetzt werden soll, das mögen sich diejenigen beantworten, deren ganze Weisheit in fatalistischer Untätigkeit besteht. Geldschaffsfähigkeit und Mut tut uns not, denn wir haben wirklich nicht mehr sehr viel zu verlieren, wir haben auch keine Zeit mehr zu verlieren.

Es ist auch unsere Meinung, daß Deutschland keinen Tag mehr zu verlieren hat, will es ernsthafte und entscheidende Maßnahmen gegen die Währungszerstörung treffen. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Verfall der Mark steht denjenigen schlecht an, die als Schwächling der Volksinteressen berufen sind, darüber zu wachen, daß nicht die Kaufkraft der breiten Volksmassen dem eigenfichtigen Gewinnstreben derer anheimfällt, die sich im Besitz fremder Währung befinden und keine Rücksicht auf das Volksganze kennen.

Die deutschen Kohlenbestände und die Reparationslieferungen. Der Reparationskommission sind kürzlich auf ihr Ersuchen die Zahlen der Bestände an Kohlen der Reichseisenbahn, der Gas- und der Elektrizitätswerke amtlich mitgeteilt worden. Die Bestände der Reichseisenbahn beliefen sich am 30. Juni 1922 auf 720 896 Tonnen für 18 Tage; am 31. Juli auf 834 472 Tonnen für 18 Tage; am 31. August auf 1 220 182 Tonnen für 23 Tage. In demselben Zeitraum hat die Reichseisenbahn große Mengen englischer Kohlen angekauft, die sich beliefen bis 30. Juni auf 608 300 Tonnen, am 31. Juli auf 1 293 800 Tonnen; am 31. August auf 1 890 650 Tonnen. Die Bezüge englischer Kohlen, die als Vorräte für den Winter angekauft waren, sind, wie diese Zahlen ergeben, größer als die Bestände der Eisenbahn. Daraus geht hervor, daß die inländischen Zufuhren nicht einmal den normalen Sommerverbrauch decken können und daß hierfür sogar die als Winterreserve gedachte englische Kohle hat angegriffen werden müssen. Bestände an inländischen Kohlen hat so mit die Eisenbahn überhaupt nicht. Die Kohlen für die Gaswerke lauten: Stand am 30. Juni 1922 389 028 Tonnen; am 31. Juli 266 749 Tonnen; am 31. August 470 164 Tonnen. Bis zum 31. August 1922 hatten die Gaswerke rund 487 000 Tonnen ausländische Kohlen bezogen, also mehr als ihr Bestand am 31. August war. Auch hier also das gleiche Bild, wie bei der Eisenbahn. — Die Elektrizitätswerke hatten an Bestand von Ende Juni 22 375 354, Ende Juli 357 637, Ende August 457 619. — An ausländischen Kohlen haben die Elektrizitätswerke in dem Zeitraum vom 1. Januar bis 31. August 1922 bezogen: 280 400, außer den von den süddeutschen Werken bezogenen Saar-Kohlen, über die Zahlen noch nicht vorliegen. Diese Zahlen ergeben mit erschreckender Deutlichkeit, daß der notwendige Inlandsbedarf schon im Sommer nicht durch inländische Zufuhr an Kohlen hat gedeckt werden können, weil die Kohlenproduktion in einer dem Bedürfnis des Landes nicht Rechnung tragenden Weise zu Reparationslieferungen hat verwandt werden müssen. Es ist darum um so unverständlicher, daß die neueste Festsetzung der Entente des monatlich zu liefernden Kohlenquantums trotz dieser einseitigen Zahlen nicht nur nicht eine Herabsetzung des bisherigen Quantums, sondern sogar eine Erhöhung auf 1 950 000 Tonnen monatlich vorsieht.

Gegen die Zahlungsmittelnot. Da der Bedarf an Zahlungsmitteln seit einiger Zeit von der Reichsbank nicht voll befriedigt werden kann, ist zur Befriedigung der erneuten Zahlungsmittelnot, die besonders in den Industriegebieten, aber auch sonst stark auftritt, vom Reichsfinanzminister die Ausgabe von Reichsgeld durch Gemeinden und größere Werke, auf deren Antrag in zahlreichen Fällen genehmigt worden. Wie der preussische Minister des Innern durch eine Verfügung bekanntgibt, hat der Finanzminister genehmigt, daß die Regierungshauptkassen und deren Sonderkassen auch dieses Notgeld als vollgültiges Zahlungsmittel annehmen. Das Notgeld ist nur im örtlichen Zahlungsvorteil zu verwenden und möglichst häufig bei den Ausgabestellen in Reichsgeld umzuwechseln. Dagegen ist es nicht zulässig, zum Umtauschen von Reichsgeld in Notgeld besondere staatliche Mittel aufzuwenden und diese als Vorkurs zu führen. — Zur Annahme des Notgeldes bei Zahlungen aus den staatlichen Kassen ist niemand verpflichtet.

Stark Preissteigerung für Walsen. Der Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes hat die Eisenpreise stark herabgesetzt und zwar den Thomastabeisenpreis um 17 070 gleich 21 Proz. des bisherigen Preises. Dieses kostet jetzt 98 270 M. oder etwa den 100fachen Vorkriegspreis.

Südmilch Preissteigerung für Häute. Die in Hamburg abgehaltene Auktion der Norddeutschen Häuteverwertung, die teilweise sehr stark verlor, erag für Großhäute durchschnittlich dreifach erhöhte Preise gegenüber September. Pro Pfund wurden bis über 700 Mark bezahlt.

Erhöhung der Zuschüsse zum Berufsausbau. Die fortschreitende Entwertung des Geldes hat auch das Berufsausbauwesen in Bedrängnis gebracht. Um die Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses für Industrie, Handel und Gewerbe sicherzustellen, hat der preussische Handelsminister eine erhebliche Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für die Berufsschulen in Aussicht gestellt. Die Mittel sollen den Gemeinden so schnell wie möglich überwiesen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Deputat und Barlohn.

Vom Vorstand des Deutschen Landarbeitervereins wird uns geschrieben:

Im „Berliner Tageblatt“ hat Dr. August Müller in drei Artikeln die Frage „Wohn- und Feuerung“ behandelt. Im Schlussabsatz des letzten Artikels vom 14. September 1922 beschäftigt sich Dr. Müller mit den Naturalbezügen der landwirtschaftlichen Arbeiter. Ganz allgemein wird gegen den Ueberverbrauch an Naturalien der Landwirte Stellung genommen, besonders aber gegen die Deputate landwirtschaftlicher Arbeiter. Dr. Müller vermischt eine einheitliche und gleichmäßige Regelung der Mengen an Deputat in den Tarifverträgen.

Dies ist nicht möglich, weil nach alten Ueberlieferungen in der Landwirtschaft ganz verschiedenartige Entlohnungsformen seit jeher üblich sind. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß ein sehr erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft überhaupt kein Deputat bezieht. Denn es gibt auch einen großen Teil landwirtschaftlicher Arbeiter, der überhaupt nur Barlohn bezieht. Auch ist zu beachten, daß die große Zahl der Knechte und Mägde neben einem geringen Barlohn nur die freie Station hat. Die Mengen an Deputatgetreide und Kartoffeln sind in allen Tarifen für das Jahr berechnet. Dies ist nicht klar und deutlich betont in der Abhandlung von Dr. Müller. Es ist ferner falsch, wenn gesagt wird, Deputate bis zu 50 Zentner Getreide kommen nicht sehr selten vor. Diese hohe Deputatmenge ist in Pommern und Mecklenburg-Strelitz zu vergleichen. In Mecklenburg-Schwerin werden 41 Zentner Getreide gewährt, in Ostpreußen 35 Zentner, in Schlesien nur 20 Zentner, in der Ostpreignitz nicht 33, sondern 26 Zentner, in der Provinz Sachsen, wo wir bekanntlich die intensivste Landwirtschaft haben, nur 12 Zentner Getreide, alles pro Jahr berechnet. Der Barlohn, der an die Landarbeiter pro Jahr gewährt wird, ist verhältnismäßig niedrig; in Ostpreußen z. B. 2100 M. pro Jahr, wozu 30 Proz. Zuschlag kommen, die ab 1. Juli 1922 bewilligt wurden.

Es würde zu weit führen, aus dem komplizierten Entlohnungssystem in der Landwirtschaft nach Einzelheiten hier anzuführen. Dr. Müller sagt: „Hoffentlich haben die Führer der Landarbeiter ein Gefühl dafür, daß das doch nicht weiter geht. Eine Reduzierung der übermäßig hohen Naturalbezüge landwirtschaftlicher Arbeiter ist eine unerlässliche Maßnahme.“

Dr. August Müller richtet diese Mahnung an eine vollkommen falsche Adresse, denn Vorstand und Gausleiter des Deutschen Landarbeitervereins sind schon seit langem der Auffassung, daß die hohe Deputatgewährung für die Landarbeiter gar nicht in deren Vorteil liegt, sondern nur den Verhältnissen in den einzelnen Bezirken entsprechend angemessene Mengen an Deputat. Das Bestreben des Deutschen Landarbeitervereins geht darauf hinaus, möglichst den fast überall noch überaus niedrigen Barlohn der Landarbeiter zu erhöhen. Die hohen Mengen des Deputats sind ein Kampfobjekt jener Richtung unter den Landwirten, die zum Reichslandbund und wieder ganz besonders zur Richtung des Pommerschen Landbundes gehören. Diese Arbeitgeberkreise haben aus zweierlei Gründen heraus die Deputatmengen in den letzten Jahren erhöht: einerseits, um die Landarbeiter in ihre Gefolgschaft zu bringen zum Kampf gegen die Getreideumlage, und ferner, um die freigewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter zu bekämpfen und bewußt einen Gegensatz zwischen ländlicher und städtischer bzw. industrieller Arbeiterschaft herbeizuführen. In jenen Gebieten Deutschlands: Pommern, Mecklenburg und zum Teil auch Brandenburg, wo die reaktionäre Richtung des Pommerschen Landbundes ihren Einfluß ausübt, wird die gelbe Bewegung unter den Landarbeitern gefördert, und in diesen Gebieten bestehen auch die höchsten Deputate.

Tariffbewegung im Architekturgewerbe.

Vom Bund der technischen Angestellten und Beamten wird uns geschrieben:

Zwischen dem Bund deutscher Architekten und dem Bund der technischen Angestellten und Beamten ist ein Reichstarifvertrag abgeschlossen worden, welcher am 30. September d. J. abließ. Die Kündigung war vom Bund deutscher Architekten erfolgt. Auf die Anfrage des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, ob der BdA bereit sei, einen neuen Reichstarif abzuschließen, erhielt der Bund der technischen Angestellten bisher immer ausweichende und unklare Antworten. Aus einem Rundschreiben des Bundes deutscher Architekten vom 14. Oktober 1922 geht nun einwandfrei hervor, daß der BdA nicht die Absicht hat, einen neuen Reichstarif abzuschließen, sondern daß er einen tariflosen Zustand vorzieht. Auch der Vorstand des Landesbezirks Brandenburg lehnt es ab, mit dem Bund der technischen Angestellten und Beamten eine tarifliche Vereinbarung zu treffen. Die überwiegende Mehrzahl der technisch und künstlerisch tätigen Angestellten des Architekturgewerbes sind jedoch Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten und haben ihre Organisation beauftragt, mit allen Mitteln auf die Abschließung eines Tarifvertrages hinzuwirken. Aus dem erwähnten Rundschreiben geht hervor, daß vom Vorstand des BdA regelmäßig die Angehörigen an die Mitglieder des BdA bekanntgegeben werden sollen, damit diese in der Lage sind, nach eigenem Ermessen die jeweiligen Gehaltsätze festzusetzen.

Die technisch und künstlerisch tätigen Angestellten haben jedoch keineswegs die Absicht, sich stillschweigend einer solchen Gehaltsfestsetzung zu fügen und haben deshalb ihre Organisation beauf-

tragt, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Da infolge des tariflosen Zustandes ein Vertragskontrahent im Sinne der Verordnung über Tarifverträge nicht vorhanden ist, werden sämtliche Mitglieder des BdA einzeln vor den Schlichtungsausschuß geladen werden müssen.

Wenn die Mitglieder des BdA glauben, daß sie Sonderkommen mit den einzelnen Angestellten treffen können, so werden sie hierbei auf den allergrößten Widerstand stoßen. Die Angehörigen des Architekturgewerbes betrachten nach wie vor den Tarifvertrag als die einzig mögliche Regelung ihres Dienstverhältnisses und werden durch solidarisches Handeln den Arbeitgeber beweisen, daß die Zeiten des Herrn-im-Hause-Standpunktes endgültig vorbei sind.

Dachdecker und Baugewerksbund.

Der Zentralverband der Dachdecker hat eine Urabstimmung über den Anschluß an den Baugewerksbund vorgenommen. Obgleich das Verbandsorgan seit Monaten für die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund eintrat und obgleich schon auf mehreren Verbandstagen die Stimmung der Delegierten für den Anschluß an den Baugewerksbund war, haben die Mitglieder bei der Abstimmung den Anschluß abgelehnt. Von rund 13 000 Angehörigen des Dachdeckerverbandes haben allerdings nur 7105 = 55 v. H. von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Davon stimmten 3173 für den Anschluß, 2910 dagegen; der Rest der Stimmen war ungültig. Da noch nicht einmal eine einfache Mehrheit zustande gekommen ist, so ist vorläufig noch mit einer großen Gemerkschaft der Verschmelzung zu rechnen. Bemerkenswert an der Abstimmung ist, daß der größte Teil der kommunistischen Mitglieder mit Nein gestimmt hat und eine große Zahl deshalb gegen den Anschluß stimmte, weil noch eine Anzahl baugewerkschaftlicher Berufe, darunter besonders die Zimmerer, nicht mit in den neuen Bund gehen.

Deutscher Verkehrsbund und Betriebsrätekongreß.

Eine am 28. Oktober vom Deutschen Verkehrsbund in Berlin abgehaltene, aus allen Bezirken des Reichs bestehende Konferenz des Verkehrs, des erweiterten Verkehrs und der Kooperations der Bezirksräte für Betriebsbeiratswesen, die zur Regelung organisatorischer Fragen über die Zusammenfassung der Betriebsräte und Betriebsobmänner im Deutschen Verkehrsbund einberufen war, nahm unter Punkt Verschiedenes auch zu dem projektierten kommunistischen Reichsbetriebsrätekongreß Stellung. Nach kurzer Ausdrucks wurde gegen 1 Stimme eine gegen die Abhaltung des Kongresses gerichtete Resolution angenommen, die in ihren entscheidenden Abschnitten wie folgt lautet:

„Die Konferenz verurteilt dieses Vorgehen der kommunistischen Betriebsräte mit aller Schärfe, weil es offensichtlich nur den Zweck hat, als Kaitation für die kommunistische Partei und deren Ziele zu dienen und ist der Meinung, daß in der heutigen Zeit jede Festhaltung vermeiden und die Sammlung aller freibeitlich genähten Kräfte der Arbeitnehmer oberstes Gebot sein muß.“

Die Konferenz ist der Auffassung, daß die fortschreitende Verelendung der Massen nicht durch die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses aufgehoben werden kann, sondern nur durch unermüdete, zielstrebige und systematische Arbeit der Vertreter der Gewerkschaften und politischen Parteien.

Die Konferenz betrachtet die Einberufung des kommunistischen Reichsbetriebsrätekongresses als einen Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und erwartet von den Betriebsräten und Betriebsobmännern des Deutschen Verkehrsbundes, daß sie sowohl die Beteiligung an Kongressen wie an Geldsammlungen für denselben ablehnen.“

Bühne in der Knopfindustrie.

In einer Versammlung aller in den Betrieben des Verbandes der Fabrikanten von Metallknöpfen um. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Montag in der Aula der Sophien-Schule wurde von Fr. Gladosch über den am 19. Oktober vom Schlichtungsausschuß gefällten Schlichtungsbericht. Der Schlichtungsausschuß war anrufen worden, weil keine Verständigung mit den Arbeitgebern über die Löhne erreicht werden konnte. Es sollen ab 6. Oktober bis 2. November erhalten: Werkzeugschleifer 72 bis 82 M., Dreher, Betriebschlosser und Graveure 82 M., Gaspanneure und Gürtler 79 M., Schweißer 80 M., Einrichter 73 M., Transportarbeiter 72 M., Bremser und Heizer 77 M., Durchschnitts- und Maschinenarbeiter 72 M., Ausschläger und Kräger 72 M. und Hallwerksarbeiter 77 M.

Arbeiterinnen bei der Einstellung 48 M., nach einem Vierteljahr 52 M., Akkordbasts 52 M.; Spigerinnen 54 M., Akkordbasts 55 M.

Jugendliche Arbeiter von 14 bis 18 Jahren je nach dem Alter 20 bis 39 M.

Lehrlinge: Im 1. Jahre 14 M., im 2. 16 M., im 3. 18 M. und im 4. 21 M.

Jugendliche Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren je nach dem Alter 28 bis 36 M. Regelung der Akkordlöhne dahin, daß die bis zum 5. Oktober bestehenden Sätze um 28 Proz. erhöht werden bis zu einem Höchststundenverdienst von 62 M. (bei Spigerinnen 64,50 M.) bei durchschnittlicher Leistung.

Die durch den Spruch gewährten Löhne wurden von den Disziplinierungsordnern als unzureichende gekennzeichnet. Die Versammlung stimmte schließlich der Annahme unter der Bedingung zu, daß sofort Schritte zu neuen Lohnverhandlungen noch vor dem 2. November eingeleitet werden.“

Amerikanische Unternehmerpolitik.

Gegen den Plan einer weiteren Einschränkung der Einwanderung, der dem Einwanderungskomitee des Repräsentantenhauses bereits vorgelegt worden ist, haben die Arbeitgeber eine Bewegung ins Werk gesetzt, um zu erreichen, daß künftig die Zahl der nach den Vereinigten Staaten Zugewanderten über die Quote von 3 Proz. wieder heraufgesetzt werde. Den Stahlwerken, den Kupferbergwerken und Schmelzen und anderen Industrien, die vorzugsweise zugewanderte Arbeiter beschäftigen, ist es sehr um eine stärkere Beschäftigung des Arbeitsmarktes zu tun — begreiflicherweise, nachdem es ihnen immer schwerer fällt, ungelernete Kräfte für die schwere Arbeit in ihren Betrieben zu gewinnen, die auch unter den noch immer recht zahlreichen Neuanfassungen wenig Gegenliebe mehr findet. Hierin ist auch die Erklärung zu suchen für die zum 1. September, wie es schien, ganz aus freien Stücken erfolgte unermessliche Lohnerhöhung des Stahltrastes für keine sämtlichen Arbeiter. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Trust einerseits eine Abwanderung von Arbeitern feststellen und andererseits mit der nicht mehr sehr fernem Wiederkehr einer Hochkonjunkturperiode rechnen mußte. Als einziges Mittel, seine ungelerneten Arbeiter zu halten, blieb ihm nur die Lohnerhöhung.

Forderungen der Beamten. Im Reichsfinanzministerium sprach am Mittwoch vormittag eine Delegation der Epochenorganisationen der Beamten vor, um die Aenderungen neuer Lohnerungsverhandlungen zu beantragen. Der Vertreter des Reichsfinanzministers lehnte es ab, einen Verhandlungstermin festzusetzen und beauftragte diesen Sachpunkt unter Berufung auf die demokratische Staatsform damit, daß das Ministerium nicht über die vom Reichstag für den Oktober festzulegenden Zustände hinausgehen könne. Die Vertreter der Epochenorganisationen werden ihren Vorständen Bericht erstatten und wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen über die zu ergreifenden Maßnahmen Beschluß fassen.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Im Reichsarbeitsministerium wurden am Mittwoch die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt, nachdem sich am Dienstag eine gemischte Kommission mit der Frage beschäftigt hatte. Die Verhandlungen haben den ganzen Tag in Andrauh genommen und waren in später Abendstunden noch nicht zum Abschluß gelangt.

Der Streik bei der Firma Krupp ist beendet. Die Arbeit wird, wie und telegraphisch gemeldet wird, heute früh wieder aufgenommen.

Wahlkampf der Gewerkschaften. Freitag, 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Saal der Sophien-Schule, Berlin SO., Sophienstr. 17/18, Versammlung. Zweck der Versammlung und Tagesordnung: Eisen-, Kupfer- und Blechgewerkschaften; heute nachmittags 6 Uhr bei Wille, Seestraße 10, Bergarbeitervereinsversammlung mit den Vertretern. Tagesordnung: Reise nach Berlin und Bericht von den Tarifverhandlungen. Es können alle Vertrauensmänner erwartet werden die Brundensleitung.

Aus der Partei.

An die Genossinnen!

Die Nr. 21 der „Gleichheit“ ist als erste gemeinsame Nummer des Zentralfrauenbundes der geeinten Partei in Gestalt einer Resolutionsnummer und Werbenummer erschienen. Sie kostet im Einzelverkauf 6 M. Die Nummer enthält Beiträge bekannter Genossinnen der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei. Fore Agnes und Toni Pflüß erinnern an die Zeit vor vier Jahren. Marie Juchacz legt dar, was die Sozialdemokratie für die Frauen bedeutet. Clara Wöhm-Schuch gibt einen Ueberblick über die politische Lage. Toni Sender nimmt die Stellung der Frau in den Gewerkschaften zum Thema. Ueber unsere Sozialpolitik seit 1918 berichtet Luise Schröder. Außerdem werden noch verschiedene andere die Frauen interessierende Fragen behandelt. — Auch die Kleinen sind nicht vergessen. In der Beilage „Kinderland“ finden sie u. a. ein schönes Märchen und eine Plauderei, die ihren den Sinn von Krieg und Frieden und Völkerverständigung veranschaulichen sollen.

Die Genossinnen und Genossen haben also das regste Interesse daran, für möglichst weite Verbreitung dieser Nummer zu sorgen. Vor allem müssen fürliche Novemberveranstaltungen zur Werbearbeit benutzt werden. Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 63, Lindenstr. 3.

Genossinnen, agitiert für unser Frauenblatt, werbt neue Leserinnen!

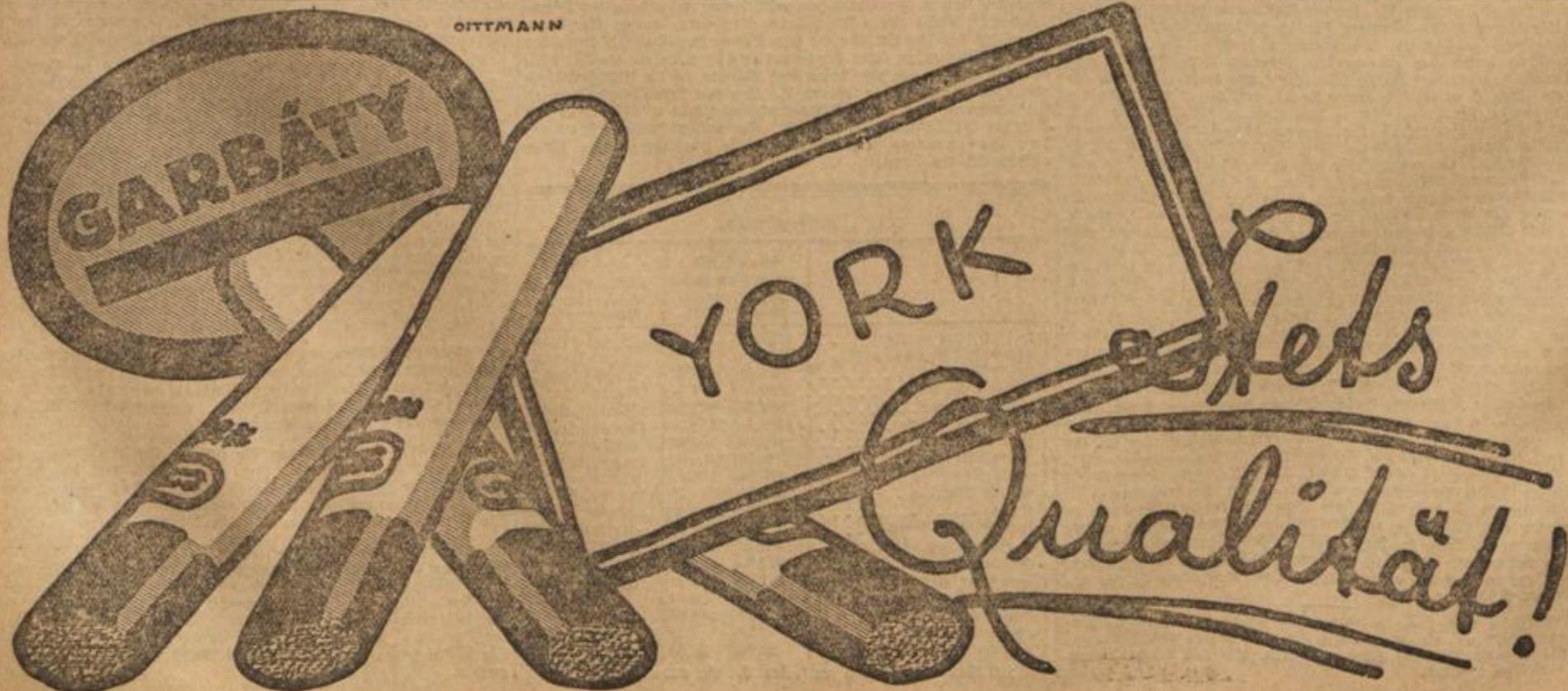
Verantwortlich für den Inhalt: Felix Glaser, Berlin; für Anzeigen: Th. Glaser, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin, O. u. S. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei v. Berlin, Unter den Eichen 20, Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Reimwelt“.

Guter Rat.

Ein Gedächtnis für Jung und alt.

Sie wollen zur Nachbarschaft gehen; sie wollen mehr die einen Rat. Deren Kinder waren frisch und jugendlich und den Ihren wollte nichts schmerzen. Sie betrat die innere Stube der Nachbarschaft. Au und Jung sah gerade bei Tisch und ließ es sich gut schmecken. „Ja“, lammerte die Frau, „wenn doch die Reinen einmal so essen würden.“ „Ja“, lammerte die Nachbarschaft, „denn schmeckt es immer; sie wollen auch nichts anderes mehr als Porree.“ „Sollen Sie Porree Kinder- und Krankennahrung nicht? Das ist die halber-Kraut für Jung und alt in gerunden und tranken Tagen; sie schmeckt vorzüglich und ist nahrhaft, erquicklich und billig. — Den Erfolg sehen Sie ja!“ So sprach halt die Nachbarschaft.

OTTMANN



Was soll der Junge werden?

Das Arbeitsfeld und die Aufgaben des Berufsberaters.

Nach den von den einzelnen Berufsämtern herausgegebenen Berichten wird in letzter Zeit der Berufsberatung ein steigendes Interesse entgegengebracht. Es ist dies ein Beweis dafür, daß heute, wo die Unsicherheit des gesamten Arbeitsmarktes so augenscheinlich ist, die Eltern sich mehr als früher bemühen, daß die Wahl des Berufes und der Lehrstelle allerwichtigste Faktoren für die Zukunft des Kindes darstellt. Eltern und Jugendliche bringen dem Berufsberater das Vertrauen entgegen, das dieser unbedingt haben muß, wenn sich seine Arbeit fruchtbringend gestalten soll. Und wiederum muß der Berater den nachsuchenden Vertrauen schenken. Er muß verstehen die Eltern in ihrer Sorge um die Zukunft des Kindes und den Jugendlichen in seinem nach Auswirkung freizugreifenden, noch in die rechten Bahnen zu leitenden Talentdrange. Er muß sich hincindenken, hincinfühlen können in die Gedankenwelt des Jugendlichen. Er muß ewig jung bleiben, stets mit der Jugend leben und seine Beobachtungen an der Jugend wieder der Jugend nützlich machen. So wird sich zwischen Berufsberater und Jugendlichen eine Brücke des Verständnisses, des Vertrauens spannen, die auch bestehen bleibt, wenn der Jugendliche seiner Eignung gemäß untergebracht ist. Es wird sich dann, wie sich aus der Praxis schon ergeben hat, erweisen, daß der Jugendliche eines Tages den Wunsch hat, seinen einstigen Berater zu besuchen. Und schließlich ist es ja auch für die Berufsberatung von großer Wichtigkeit, daß sie Gelegenheit hat, das Berufsschicksal des Jugendlichen zu beobachten.

Die Persönlichkeit des Beraters.

Die Erfolge in der Berufsberatung sind abhängig von der Persönlichkeit des Beraters. Die Arbeit einer Beratungsstelle fällt mit dem wahren Berufsberater. Für die Beratung der Jugendlichen ist eine bewährte Führernatur notwendig. Und deshalb sollte ich auch für die Ausübung der Berufsberatung die in der Jugendbewegung stehenden Führer am geeignetsten, wenn sie sich mit dem gewöhnlichen Wissensstoff aus der Nationalökonomie und Rechtswissenschaft (allgemeine Rechtsfragen, Rechtsverhältnisse der Lehrlingshaltung), Pädagogik und Pädagogik eingehend bekannt gemacht haben. Gerade diese Jugendführer müssen mit der Jugendkunde vertraut sein, wenn sie überhaupt Erfolge in der Jugendberatung und Jugendberufshilfe erzielen wollen, und erscheinen deshalb für die Stellung eines Berufsberaters besonders geeignet. Das Alter des Berufsberaters scheint nicht so sehr ins Gewicht zu fallen. Jedoch wird eine Persönlichkeit mittleren Alters zu bevorzugen sein, jedenfalls darf er oder sie nicht ein Mummelalter noch eine sehr jugendliche Person sein. Bei dem einen fehlt der Kontakt mit der Jugend und bei dem anderen das Vertrauen erweckende Moment.

Fragen der Vorbildung.

Und endlich: Aus welcher sozialen Schicht soll der Berufsberater stammen? Fragen wir uns zunächst einmal, welche Jugendlichen, die aus den höheren oder aus den Volksschulen, machen die Hauptfrequenz des Berufsamtes aus? Soweit ich feststellen konnte, überwiegt stets die Zahl der ausführenden Volksschüler um ein Vielfaches. Höhere Schüler kommen seltener in das Berufsamt, weil ihr Lebensniveau durch die weitergehende Schulbildung genauer vorgezeichnet ist, und auch ihre Eltern sich frühzeitig mit der Frage „Welchen Beruf soll unser Kind nach der Schulenklassung ergreifen?“ beschäftigen. Die Eltern haben hier intensiver über die Berufswahl des Sohnes oder der Tochter nachgedacht, haben einen kleinen Fonds angelegt, der die ersten Kosten für die Ausbildung bestreiten kann, und haben mehr als einmal Gelegenheit genommen, mit den Lehrern Rücksprache zu halten, um zu erfahren, welche Richtung sich bei dem Kinde in der Schule besonders stark gezeigt hat. Es werden dem Berufsberater also nur solche Fälle zu Gesicht kommen, wo die Eltern noch schwankend sind, ob sie diesen oder jenen Beruf für ihren Sohn wählen sollen. Eine bestimmte Richtung und eine gewisse Grenze der Berufsmöglichkeit ist hier stets gegeben.

Liebe zum Proletariat.

Ganz anders aber schaut es bei unseren Volksschülern aus. Ist nur ein Kind vorhanden, so werden sich die Verhältnisse so gestalten, wie sie bereits bei dem höheren Schüler geschildert wurden. Sind mehrere Kinder vorhanden, dann ist die Berufswahl schwieriger. Der Vater, der Tag für Tag in der Fabrik, auf dem Bau oder in der

Werkstatt arbeitet, kommt müde und abgespannt nach Hause und verspürt keine Lust mehr, sich viel mit seinen Kindern zu beschäftigen. Kommt die Entlassung, dann wird auch Ratlosigkeit sein. Und ist eine Lehrstelle noch nicht gefunden, dann wird schon das Berufsamt die Arbeit der Berufswahl und der Unterbringung in eine geeignete Lehrstelle übernehmen. Und wenn nicht, dann wird der Junge eben Fabrikarbeiter oder sonst ungelerner Arbeiter wie der Vater. Man darf dem Arbeiter Vater keine Interessenlosigkeit in der Zukunft seiner Kinder vorwerfen. Er liebt seine Bubens und Mädels ebenso sehr, wie der Vater einer anderen sozialen Schicht. Er will nur ihr Gutes; aber die Maschine, die neidische Tagesarbeit macht ihn stumpf und gleichgültig für solche Fürsorgearbeit. Und deshalb muß der Berufsberater dieser Arbeiterkinder ganz besonders annehmen. Er muß diese Jungen noch individueller behandeln, als er es schon für gewöhnlich tut. Seine ganze Liebe zur Jugend muß er diesen Menschenkindern entgegenbringen und ihnen die Berufsmöglichkeit als einen Ort erscheinen lassen, wo sie nicht nur in beruflicher Fronen, sondern in allen Angelegenheiten der Jugendnot und Trost finden können. Um aber diese soziale Not in der Arbeiterjugend und überhaupt in Arbeiterkreisen verstehen zu können, muß der Berufsberater starke Fühlung mit dem Proletariat haben, wenn er nicht sogar ihm entstammt.

Der Berufsberater muß unter das Volk gehen und seine Not sehen, damit er keine Schwächen verstehen und verzeihen lernt, und seine stilles Kraft und Stärke bewundern kann, damit er Liebe zu den Menschenkindern empfindet und wieder Liebe und Dankbarkeit empfängt. Die Arbeiterjugend muß er sich ansehen, wie sie tatkräftig und fleißig im Kampfe um das bessere Dasein steht, und wie sie mit leuchtenden Augen in die Zukunft schaut, in die Zukunft, die ihr endlich das Menschenrecht bringen soll.

Franz Schnelle.

Laubriß.

Unter der Bezeichnung Oktober kann man sich nichts vorstellen, wenn man nicht lateinisch kann. Okto heißt acht. Der altrömische Kalender kannte nur zehn ziemlich ungleich lange Monate. begann mit dem März und schloß mit dem Dezember. Der überlegt tatsächlich auch der zehnte heißt, wie Oktober der achte. Okta hat man verwechselt für die alten lateinischen Monatsnamen deutsche einzuführen, und besonders unsere Sprachreiner geben sich in dieser Hinsicht alle denkbare Mühe. So kann es leicht geschehen, daß man eines Tages einen Brief mit der Datumsbezeichnung 23. Weinmonat, oder 21. Silbhart oder gar 31. Laubriß erhält, ohne daß man etwas damit anfangen weiß. Wenn alle drei sind deutsche Bezeichnungen für das lateinische Wort Oktober. Weinmond ist noch am verständlichsten. Silbhart besagt, daß es der Monat ist, in dem die Blätter gelben, d. h. gelb werden. Laubriß will sagen, daß das Laub von den Bäumen reift. Und in diesem Stadium des Monats sind wir gerade jetzt. Die letzten kalten Frostnächte lassen in der Tat den Namen gerechtfertigt erscheinen, denn jetzt reift es das Laub mit Macht von den Bäumen. Am meisten müssen Kastanien, Ahorn und Platanen heranzu, deren hohle Blätter in weitem Umkreise um die Stämme den Boden bedecken. Mit stärkerem Flug und dertem Aufschlag geben die Blätter zu Boden. Wo Laub und Erden liegen, herrscht ein ununterbrochenes deutliches nicht nur sicheres, sondern auch höchstes Blätterregnen. In dieser Abenddämmerung hat dieses halbsteife Plöttern etwas Unheimliches. Einen merkwürdigen, beinahe abschreckenden Anblick bilden die Ästen, die anreißt das deutsche Wesen kennzeichnen sollen. Sie, die sich im Frühjahr am spätesten im neuen Blätterkleid zeigen, verlieren jetzt zwar noch kein Blatt, aber der ganze Schmutz ist bereits verrottet, sieht wie verrottet aus und bleibt auch so den ganzen Winter hindurch bis zum Frühjahr an den Ästen hängen. Premisch unversehrt stehen noch die Ahornen, deren eirunde Fiederblätter noch ganz prächtig grün sind. Wenn man aber darauf achtet, wird man sie eines Morgens wie abgemäht auf dem Boden liegen sehen. Auch die Apfelbäume haben noch ein grünes krauses Blattkleid. Ganz zu schweigen von den Sträuchern

An kippig grünen Himbeersträuchern fanden wir noch zwei vollreife köstliche Beeren.
Wenn dann aber eines Tages das allerletzte Laubblatt herunter ist, dann bleiben uns für den langen Winter unsere ersten mährischen Kiefern, hier und da ein paar schöne Fichten und die immergrünen, den Winter überdauernden Sträucher. Mit ihnen haben wir auch im Winter die Illusion einer grünen, d. h. frischen Natur.

Nochmals die Brotfrage.

Ueber die Durchföhrung der Verordnung zum Ausschluß der Bekleidungsarbeiten von der Marktbrotversorgung bestehen noch häufig im Publikum Zweifel. Unter anderem wird mitgeteilt, daß vielfach Hausdaltungen, die nach den Bestimmungen der Verordnung auf das freie Brot zu verzichten sind, für ihre Hausangehörigen die Brotkarten in Anspruch nehmen und nicht abliefern. Nach Auskunft des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist ein solches Verhalten unzulässig und legt die betreffenden Hausdaltungsvorstände der Gefahr der Befolgung aus. Hausdaltungen sind nämlich entweder in ihrer Gesamtheit mit Marktbrot zu versorgen oder in ihrer Gesamtheit zum Bezug freien Brotes verpflichtet, je nachdem das Einkommen des Haushaltungsvorstandes einschließlich der ihm zuzurechnenden Einkommen der Haushaltsangehörigen die in der Verordnung gesetzten Grenzen von 80 000 M. und je 15 000 M. übersteigt oder in ihnen bleibt. Es wird daher nochmals darauf hingewiesen, daß die Hausdaltungen die nicht marktbrotberechtigt sind, auch auf die Brotkarten für das Hauspersonal verzichten ober sie, soweit sie diese schon erhalten haben, zurückliefern müssen.

Der neueste Brotpreis. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität ist der Magistrat über den Sozialrat der Ernährungsdeputation, betreffend Festlegung des Brotpreises, noch am 20. Okt. hinausgegangen und hat den Preis auf 99 Mark festgelegt. Den übrigen Vorschlägen (Zartwe 3,50 M. und Weizenkleinmehl je Fund 31 M.) ist der Magistrat beigetreten. Die neuen Preise treten am 30. Oktober in Kraft.

Schwerer Postraub in Hegermühle. Das Postamt ausgeplündert.

Ein ungewöhnlich drocktes Räuberstück hat sich vorgestern abend 6 Uhr in Hegermühle bei Eberswalde abgespielt. In das dortige Postamt drangen plötzlich sechs Männer ein, die Masken trugen und scharfgeladene Pistolen hatten. Unter Vorkantung dieser Waffen zwangen die Räuber die im Postamt anwesenden Beamten, sich in ein Amtszimmer zu begeben, wo die Räuber alle einschloßen. Sie drohten den Beamten, daß sie sofort alle niederstießen würden, wenn einer es wagen sollte, um Hilfe zu rufen oder zu versuchen, zu entfliehen. Sie raubten für 3 Millionen Mark Postwertzeichen und 1 1/2 Millionen Mark bares Geld zusammen und verließen damit das Amt, nachdem sie die Beamten noch angemessen hatten, sich vorläufig ruhig zu verhalten, da eine draußen stehende Wache sonst jeden erschlagen werde, der es wagen würde, das Gebäude zu verlassen. Wie festgestellt werden konnte, waren die Räuber auf Fahrrädern davon gefahren. Als man später ihre Spur aufnehmen wollte, waren sie längst verschwunden. Da es sich zweifellos um eine Berliner Verbrecherbande handelt, wurde auch die Berliner Kriminalpolizei sofort verständigt. Auf die Ergreifung der Verbrecher und die Wiederbeschaffung des geraubten Gutes wird eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Fassadenkletterer.

Die Nachtwilde in der Tiergartenstraße.

Der aufsehenerregende nächtliche Einbruch bei dem Fabrikbesitzer Joffe, der schon viermal das Moskiter Strafgericht beschuldigt hatte, hatte noch ein Nachspiel vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I, unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Wegel. Angeklagt waren jetzt der Schuhmacher Paul Kirkl und der Schlosser Karl Metzd wegen schweren Diebstahls im strafverjährten Rückfalle bzw. gewerbsmäßiger Heherei. In der Nacht zum 20. April d. J. drangen der inzwischen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Anton Pöbel und der jetzt Angeklagte Kirkl, die beide nur mit einem Schraubenzieher und einem Messer bewaffnet waren, in die in der Hohenzollernstraße 10 gelegene Wohnung ein, indem sie von außen an der Fassade entlangkletterten, eine Scheibe einschlugen und dann das Fenster durch die Öffnung hindurch aufriegelten. Sie ent-

43) Sachawachial der Eskimo.

Von Einar Mikkelsen.

„Aber sie hungert vielleicht.“ sagte Sachawachial still, „es kann auch sein, daß sie sich nach ihrem eigenen Land sehnt, wie ich mich damals sehnte, als ich in Point Hope wohnte. Nein, ich will sie hier herauf haben, wenn es möglich ist — willst du Hilfe für sie mitnehmen?“

„Ja.“ sagte Migi, „das will ich, und ich will ihr so gut helfen, wie ich kann, doch ich glaube, es ist unklug von dir, daß du Igluruk hier herauf haben willst. Gib den Plan auf. Gib mir die Felle, die du entbehren kannst, dann will ich sie, wenn ich dahin komme, wo sie wohnt, verkaufen, und für Geld kann sie leben und sich pflegen.“

„Aber nicht lange.“ murmelte Sachawachial, „sie verbraucht es gleich. Nein, laß sie hier herauf kommen, dann sorge ich für sie, für den Rest ihres Lebens, versprich mir, daß du ihr hilfst.“ bat er eindringlich.

„Du hast Zeit zum Nachdenken, Sachawachial, tu nichts Heberelltes.“ ermahnte der Weiße, „ich will dir helfen, wo ich kann, aber nur unter der Bedingung, daß Douglamona selbst kommt und sagt, sie will Igluruk herhaben, sonst wage ich es nicht zu tun.“

Lange saßen sie und sprachen miteinander. Sachawachial immer eindringlicher in dem Grade, wie die Erinnerung an seine frühere Frau in ihm lebendig wurde, während Migi ihn warnte, aber ohne Erfolg; Sachawachial bestand auf seinem Kopf, und als er endlich nach Hause ging, versprach er, den nächsten Tag mit Douglamona wiederkommen.

Migi wartete gespannt. Ob es wirklich möglich war, daß die Eskimofrau ihrem alten Mann erlaubte, seine frühere Frau zurückzuholen? Würde sie jetzt auf ihre alten Tage eine Nebenfrau dulden? — konnte sie sich in den unermesslichen Jant und Streit finden, der die Folge davon sein würde, nur damit der Mann, Sachawachial, seine Gemütsruhe hatte und tat, was ihm recht schien? Aber kaum, daß es hell geworden war, kam Sachawachial und Douglamona mit ihm.

„Nun.“ fragte Migi, „habt ihr es euch überlegt?“
Stumm und ernsthaft saßen die alten Leute und sahen den Weißen an; dann schüttelte Sachawachial den Kopf. „Nein, wir wollen uns ihrer annehmen, sprich du, Douglamona, laß Migi hören, was du zu sagen hast.“

„Ja, Migi.“ begann Douglamona, „ich will das, was Sachawachial will. Es ist lange her, daß er Igluruk gekannt hat. Er hat Kinder mit mir, und wie es auch gehen mag, ich werde doch seine beste Frau bleiben. Wir hatten darüber gesprochen, bevor Sachawachial zu dir ging. Ich will wie er.“

Sie waren unerwarteter in ihrem Entschlusse, mochte Migi noch so viel davon reden, wie verkehrt es sei, zwei Frauen im Haus zu haben. Die beiden Eskimos bestanden auf ihrem Kopf, und schweren Herzens gab er ihnen das Versprechen, Häute und Pelzwerk mit nach Candie zu nehmen, sie dort so gut wie möglich zu verkaufen, und für den Erlös Schlitten und Hunde für Igluruk anzuschaffen.

Sie waren sichtlich erleichtert, als sie das Versprechen erhalten hatten.

„Ich vertraue dir.“ waren Sachawachials letzte Worte, bevor er an der Seite seiner Frau das Haus verließ und nach seinem eigenen Iglu ging. Doch in der Tür stand Migi und sah den beiden nach; er grübelte — welcher anderer außer diesem Eskimo würde das getan haben, welcher anderer hätte so wie er vergeben — und welcher andere Frau hätte in dieser Sache zu dem Manne gehalten, außer gerade Douglamona?

Und Migi sah dem alternden Baare nach und dachte an die Zukunft, wenn dort drei an Stelle der zwei gehen würden. Sachawachial in der Mitte, die prächtige, tüchtige Douglamona an der einen Seite, und Igluruk, die verwastete, verwöhnte, untaugliche Igluruk an der anderen. Was würde Sachawachial dann wohl denken, würden Ruhe und Frieden, die in das vorher so unruhige Gemüt eingezogen waren, bleiben, oder würden sie verschwinden und ihn in größerer Sorge zurücklassen als je?

Als der Schlitten instand gesetzt wurde, brachten Sachawachial und Douglamona Häute und Pelzwerk, das beste, was sie besaßen, und als der Reisetag anbrach, kamen die beiden Alten nach ihrem Iglu herunter. Sie sagten nicht viel, stumm gingen sie umher und sahen den Reisevorbereitungen des Freundes zu. Still hielten sie, wo sie konnten, und als der Schlitten endlich bereit war und die Hunde ungeduldig im Gehirre sprangen, zog Douglamona einen kleinen Lederfack hervor.

„Nimm den mit, Migi.“ sagte sie. „Da sind die Pelzfackeln drin, die ich für mich selbst für den kommenden Winter genäht habe; sie sind warm und gut, gib sie Igluruk, die Reife

ist lang und kalt, da kann sie warme Sachen wohl gebrauchen und.“ fügte sie hinzu, halb lachend, halb weinend, „Sachawachial sagte, daß sie nicht näher konnte — damals — und sie hat es seitdem vielleicht auch nicht gelernt!“

Die Liebesgaben oben auf die Ladung gebunden, machte Migi sich auf den Weg. Er knallte mit seiner langen Peitsche, ein kurzes und scharfes „Wusch“ tönte durch die stille Frostluft, der Schlitten knirschte in allen seinen Fugen, die Hunde zogen an, die Reife, die tausend Meilen lange Tour, begann. Doch zurück auf der Flammann-Insel blieben Sachawachial und Douglamona und zeichneten sich als zwei scharfe Silhouetten gegen den hellen Morgenhimmel ab, sie winkten und riesen Abschiedsworte. Der Weiße drehte sich um und winkte wieder, während seine Gedanken ein halbes Jahr voraus in die Zukunft flogen, dann würden sie vielleicht auch auf derselben Scholle Erde Seite an Seite stehen und einem Schlitten entgegensehen, der langsam und mühselig sich nach Osten vorwärtsarbeitete — und worin Igluruk saß.

Monate vergingen. Langsam fuhr Migi die Küste entlang, traf weiße Männer und Eingeborene, plauderte mit allen, die er traf. Der Gesprächsstoff war in der Regel Sachawachial, alle kannten seinen Namen, die meisten seine und Igluruks Geschichte. Mehr noch wußten, wie er den Weißen beigegeben, die im Eise eingefroren waren und vor Hunger an Starburt gestorben waren, wenn Sachawachial ihnen nicht geholfen hätte. Und Migi bot alle Weisen um Hilfe für Igluruk, wenn sie die Küste entlang nach Norden fahren würde; das versprachen sie und hätten es auch gehalten; der Mann, der in jenem Frühjahr die Flotte bei Ice Cape rettete, hatte Anspruch auf Hilfe aller Weisen. Doch sie schüttelten den Kopf, armer Sachawachial, das läuft nicht gut ab!

Am Weihnachtsabend, fast drei Monate, nachdem Migi die Flammann-Insel verlassen hatte, näherte er sich Candie. Die Hunde waren müde, ihre Pfoten abgenutzt, langsam kamen sie vorwärts.

Er peitschte die Hunde, tief und scharf sie laut an, während er selbst im Zugseil ging und mehr zu schleppen hatte, als alle Tiere zusammen. In die Stadt wollte er, wenn es möglich war. Die Hunde waren reifemüde, er noch mehr, und er sehnte sich so untagbar nach ein wenig Ruhe und Gemütsruhe, selbst nach dem wenigsten, was die nördliche Goldgräberstadt Alaskas in dieser Hinsicht bieten konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Fall Stubenrauch im Landtag.

Der Landtag erledigte zunächst die Anfrage über den Verkauf des Hausbesitzes. In Beantwortung des Eingriffs des Hausbesitzervereiters, Abg. Labendorf, äußert sich der Minister Hirsch: Es ist falsch, den Hausverkauf an Ausländer auf die Wohnungszwangswirtschaft zurückzuführen. Diese Erscheinung ist lediglich eine Folge der Dollarentwertung. Es werden doch von den Ausländern nicht nur Häuser gekauft, sondern alles, was sich an Sachwerten überhaupt erfassen läßt. Die Methode, alle Miethände im Wohnungsbauwesen auf die Zwangswirtschaft zu schieben, ist bequem, Labendorf hat wegwerfend von den „paar tausend“ Wohnungen gesprochen. Allein in diesem Jahre sind 60 000 Wohnungen neu erstellt worden. Der private Häuserbau hat nichts geleistet, trotzdem seit drei Jahren das Beschlagsrecht und die Höchstmietenerordnung aufgehoben sind. In einem Falle ist die Wohnungsmiete von 1000 auf 150 000 M. gesteigert worden; dies Beispiel lehrt, wozu wir kommen, wenn der Mieter schulplos bleibt.

Abg. Hirsch (Soz.):

Wenn es dem Hausbesitzer nur darauf anläge, das Eigenkapital angemessen zu verzinsen, so würden wir uns im Ausland bald einfinden. Es handelt sich aber um einen Vorstoß der organisierten Hausbesitzer gegen jeden Mieterschutz. Wir wollen nicht, daß die Miethausbesitzer den Hausbesitzern zulassen, damit sie sich an den Mietern bereichern. Sie sollen ebenso wie die Wohnungsbauverbände zum Neubau von Wohnungen verwendet werden. Andere Häuser dürfen nicht Spekulationsobjekte werden. Zu diesem Zweck kaufen sie aber die Ausländer nur. Wozu ein Abbau der Zwangswirtschaft führen würde, wissen wir. In einem Hause, das augenblicklich in Charlottenburg gebaut wird, würde die Miete für Stube und Küche ohne jede Heizung jährlich 90 000 Mark betragen. (Hört, hört, links.) Wir werden alles tun, um die Mieter vor Ausbeutung zu schützen.

Die Große Anfrage geht an den Wohnungsausschuß. Danach beginnt das Haus die Beratung der Großen Anfragen der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen über den

Fall Stubenrauch.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.)

bearbeitet die sozialdemokratische Anfrage, deren Wortlaut bereits bekannt ist. In unseren höheren Schulen gibt es Herde — betont unsere Genossin —, die vergiftet wirken für die deutsche Republik. Der Schüler Stubenrauch hat noch die Kühnheit gehabt, auszusagen, nach der Lektüre des Testaments Friedrichs des Großen entspreche die Teil seinen Ansichten. Die nationalsozialistische Vereinnahmung der mittleren Schulen ist nur möglich, weil die reaktionären Lehrer sich sicher fühlen. Im Bezugs in Wilhelmshagen werden Schüler, die schwarzkreuzförmige Bänder an der Mähe tragen, als „Betrüger am Vaterlande“ beschimpft. Sonst trägt man dort seit 1922 schwarzkreuzförmige Bänder an den Schülern. In der Geschichtsstunde ist das Wort gefallen, am Verlust Tisch-Vehringens seien die sozialdemokratischen Landesverräter schuldig. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Sonderbarerweise hat sich in diesem Sinne keine Mutter gefunden, die dagegen protestiert hätte, daß ihre Kinder mit einem Menschen die Stubenrauch auf der Schulbank sitzen. Sehr bezeichnend wird die Jugend durch die Jugendbünde. Der Jugendbund „Wismar“ verfolgt nach seinen Satzungen deutschvölkische Ziele. (Hört, hört, links.) An der Spitze seines Organs steht das Motto: „Mit Gott für Kaiser und Reich.“ Unter anderem existiert auch ein Jugendbund der Deutschen Volkspartei, alles an sich harmlose Bünde. (Zuruf rechts: Arbeiterjugend!) Eine Sonderrolle spielt der Deutschnationale Jugendbund. Seine Anhänger tragen den Ordensstern mit den schwarzkreuzförmigen Farben. Das ist in der heutigen Zeit eine schwere Provokation. (Lebhaftes Aufstimmun.) — Stürmische Rufe rechts: Die rote Fahne! Im Ordon des deutschnationalen Jugendbundes wird unaufhörlich gelehrt. Die Konferenz von Genoa wird der „jüdische Konarab von Genoa“ genannt. (Hört, hört, links.) Auch die nationale Jugend von Stöckh nennt sich unpatriotisch, veranstaltet aber an Bismarcks Geburtstag eine Sonnenwendfeier. (Große Heiterkeit rechts.)

Ich würde selbstverständlich auch Schülervereine ablehnen, die provokatorisch den Sowjetstern an der Mähe tragen.

Der Jahre hat die Republik vergeblich versucht, den Gedanken des Volkstades in den höheren Schulen lebendig zu machen. Wir haben eben dort eine systematische Tötung des Staatsgedankens. (Stürm. Widerspruch rechts.) Dafür kann nur der Minister verantwortlich gemacht werden. (Zuruf des Abg. Koch [Dnat.]: Demurzieren Sie man weiter!) Wenn ein Abgeordneter etwas erfährt, was von einem Minister gezeugt, dann muß er es an die Delegation bringen. Mit dem Wort „Denunziation“ wollen Sie (nach rechts) eine absichtliche Täuschung. (Zuruf bei den Soz.: Göt christlich — Psall.) Wir brauchen endlich Geschichtsbücher für unsere Jugend, die uns nicht mehr täuschen machen. Aber man weiß ja, daß die wahre Liebe des Ministers nicht der Republik gehört. Die Koalition darf den Parteien nicht die Freiheit der Kritik nehmen. Eine parteipolitische Schule können wir nicht brauchen, dafür aber Staats- und Volksschule. Fort mit der Alkohol- und Tabakpest auch in unserer Jugend! Auch in das Nest der Kultusministeriums müssen Beamte hinein, die politische Verantwortung tragen. (Leb. Zuruf rechts: Ah, oh! Sozialdemokraten!) Dem darf sich der Minister nicht verschließen. (Beifall bei den Soz. Leb. Zuruf rechts: Und der Fall Stubenrauch?)

Die Große Anfrage der Deutschnationalen knüpft an die Neuerung Fehrenbachs in Leipzig, daß „in solchen Erziehungsanstalten Zustände herrschen, die geradezu gemeingefährlich sind für das deutsche Volk“, und fragt, was das Staatsministerium tun will, um dieser heillosen Verschuldung der seiner Obhut anvertrauten höheren Lehranstalten wirksam zu begegnen.

Abg. Dörs (Dnat.): Die leidenschaftlichen Darlegungen der Rednerin haben alles mögliche berührt, nur nicht den Fall Stubenrauch. (Leb. Zustimmung rechts.) Wir befinden uns in ganz ähnlicher Lage wie vor hundert Jahren nach den Befreiungskriegen; es scheint aber leider, als ob die aus einer Zeit zu ziehende Lehre ganz ungenutzt bleiben soll.

Im Jahre 1919 wurde in Berlin ein Sohn Liebknechts festgenommen, der sich am Aufstand beteiligt hatte; aber damals ist man gegen diesen Oberprimaner Liebknecht nicht eingeschritten. (Rufe rechts: Was sagen Sie nun?) Der damalige Reichskanzler Fehrenbach hat im Reichstag seinen Freitag sich ausdrücklich zu seiner Leipziger Aeußerung bekannt. Mit aller Entschiedenheit weist ich den Vorwurf zurück, daß an den höheren Lehranstalten eine bewußte Verhöhnung des Staatsgedankens betrieben wird. Staatsgedanke und Staatsform werden hier verachtet. — Herr Fehrenbach hat unwissenschaftliche Behauptungen aufgestellt, er ist das Opfer falscher Informationen. Mit der Volksgemeinschaft vertritt sich der Klassenkampf nicht.

Kultusminister Dr. Voelck

verliest hierauf zunächst den Wortlaut der Antwort auf die vom Abg. Dr. Steffens und Buchhorn (D. Sp.) eingebrachten Kleinen Anfrage vom 17. Oktober, die am vergangenen Freitag in seinem Ministerium festgestellt worden war.

Danach fehlte der Schüler der Unterprima Stubenrauch am 28. Juni, zunächst unentschuldig, im Unterricht. Am 29. Juni, bevor die übliche Anfrage an die Eltern nach dem Grunde der Schulverhinderung hinausgegangen war, wurde dem Direktor bekannt, daß Stubenrauch in die Straßschie wegen des Rathenau-Mordes verwickelt und am 27. Juni nachmittags verhaftet worden sei. Erst am 21. Juli ging der Anstalt eine amtliche Mitteilung des Oberreichsanwaltes zu, daß gegen Stubenrauch durch Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung die öffentliche Klage erhoben worden sei. Von dieser Mitteilung machte der Direktor dem Provinzialschulkollegium sofort Meldung. Am 19. August brachte der Vater des Schülers diesen zu dem Direktor, legte ihm den Schein über die Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis vor und bat um Wiederzulassung des Schülers zum Unterricht, damit er noch seine Vernehmung erhalten könne. Der Direktor gestattete, daß er am 21. August

wieder die Schule besuchen könne,

indem er ihm die äußerste Zurückhaltung seinen Mitschülern gegenüber zur Pflicht machte. Zugleich erstattete er Meldung an das Provinzialschulkollegium. Unter dem 18. September zeigte der Vater des Schülers dem Direktor an, daß sein Sohn nach einer Mitteilung seines Verteidigers durch den Beschluß des Staatsgerichtshofes am 11. September 1922 außer Verfolgung gesetzt worden sei. Nach den Herbstferien fehlte der Schüler dann wieder beim Beginn des Unterrichts und wurde von dem Vater damit entschuldigt, daß er zur Zeugenernehmung nach Leipzig gefahren sei. Sobald dem Direktor dann aus den Zeitungsberichten über die Prozesshandlungen bekannt wurde, welche Rolle der Schüler in der Mordtatsache gespielt habe, erfuhr er nach dem Vortrag des Provinzialschulkollegiums den Vater, seinen Sohn bis auf weiteres nicht zur Schule zu schicken und eine Entscheidung des Provinzialschulkollegiums abzuwarten. Seitdem hat Stubenrauch die Schule nicht mehr besucht.

Bei dieser Sachlage ist festzustellen, daß seit dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof, aus dem die Rolle des Unterprimanen Stubenrauch zum ersten Male genauer bekannt wurde, sofort das Nötige geschehen ist, um den Schüler zum Unterricht fernzubehalten. Von der Zeit der Verhaftung bis zur Unterlassung der zweifelslos richtigen Maßnahme, die Verhaftung als solche nach keinerlei objektive Befestigung über Schuld oder Unschuld bedeutet. So entschuldige ich der Auffassung bin, daß

ein Schüler, der Mordpläne faßt

aber auch nur äußert, auf der Schule nicht weiter belassen werden darf, so deutlich muß doch andererseits festgestellt werden, daß ein bloßer Verdacht einer solchen Handlung noch keine ausreichenden Unterlagen für eine Verweisung von der Anstalt bietet. Andererseits ist in der Behandlung der Angelegenheit zweifelslos Fehler gemacht worden. Der Direktor hätte, als ihm die Verhaftung des Schülers bekannt wurde, sofort dem Provinzialschulkollegium Meldung erstatten sollen. Die Unterlassung hat einen praktischen Schaden nicht nach sich gezogen, indes immerhin zur Folge gehabt, daß das Provinzialschulkollegium nicht rechtzeitig unterrichtet war. Als der Schüler aus der Haft entlassen wurde, hätte der Direktor ihn unter allen Umständen vorläufig

vom Schulunterricht ausschließen müssen.

Wenn es ihm nicht bekannt war, daß Haftentlassung nicht gleichbedeutend mit Unschuld ist, so hätte er die Entscheidung seiner vorgesetzten Behörde anrufen sollen. Auch das Provinzialschulkollegium hat darin falsch gehandelt, daß es auf die Meldung des Direktors, der Schüler sei wieder zum Unterricht zugelassen worden, nicht sofort das Nötige veranlaßt hat.

Gegen das Provinzialschulkollegium und den Direktor wird mit allem Nachdruck

auf disziplinarer Wege eingeschritten

werden. So beabsichtige ich, die Anfrage am Freitag vergangener Woche zu beantworten. Inzwischen sind aber neue Momente bekannt geworden. Der Reichstagsabgeordnete Fehrenbach hat, wenigstens nach Fehrenbachs Angaben, in einer Reichstagsrede vom 20. Oktober mitgeteilt, daß Stubenrauch über die Mordpläne gegen Rathenau in Schülertreffen gesprochen habe, ein Umstand, der bisher weder durch die Ermittlungen des Direktors, noch die des Provinzialschulkollegiums, noch bei den Verhandlungen innerhalb meines Ministeriums festgestellt worden war. Ich habe es deshalb für angebracht gehalten, ein Mitglied meines Ministeriums nach Leipzig zu entsenden, damit er dort die Akten des Staatsgerichtshofes einsehe und feststelle, welche Aussagen der Primaner Stubenrauch in dieser Hinsicht gemacht hat.

Der von mir entsandte Beamte ist diese Nacht zurückgekehrt. Er hat in Leipzig indes nur die Aussagen des Stubenrauch in der Voruntersuchung einsehen können, während das Stenogramm der Hauptverhandlung, soweit es die Aussagen Stubenrauchs angeht, noch nicht übertragen worden war. Bei dem Vortrag des von mir entsandten Beamten erhielt ich vom Provinzialschulkollegium die Nachricht, daß das Lehrerkollegium des Paulsen-Realschulmannsiums auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten gestern Stellung zu dem Fall Stubenrauch genommen hat, und sich gegen seine Verweisung von der Anstalt, dagegen für eine stille Entlassung ausgesprochen habe. Ich habe mich daraufhin sofort mit dem Herrn Oberpräsidenten in Verbindung gesetzt und bin mit ihm darüber einig, daß eine Ausführung dieses Beschlusses des Lehrerkollegiums in hinhindert hat. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich mit aller Strenge vorgehen werde, und daß ich selbstverständlich auf dem Standpunkt stehe, daß ein Schüler, der solche Mordpläne auch nur äußert,

unter keinen Umständen auf der Schule bleiben darf.

Der von mir mit den Erhebungen in Leipzig betraute Beamte hat sich noch heute morgen in meinem Auftrage zu dem Provinzialschulkollegium begeben und dort die weiteren Maßnahmen in die Wege geleitet.

In meinem Erlaß vom 4. August ist es als Pflicht der Provinzialschulkollegien und Regierungen bezeichnet, einzuschreiten, wenn in den Jugendvereinen irgend etwas gegen den Staat unter-

nommen wird. In bezug auf die Geschichtsbücher lasse ich durchaus den vor zwei Jahren ergangenen Erlaß des Ministers Hamisch beachten.

Es ist richtig.

Ausführungen kommen vor

und ich bedaure sie; sie kommen vor bei Schülerfahrten und Turnfesten, sie kommen auch vor, wenn die Schüler auf dem Schulplatz versammelt sind. Es darf aber nicht versucht werden, die Schule in ihrer Gesamtheit dafür haftbar zu machen. In unseren Schulen wird wieder ernst gearbeitet. Man tut daher den Schulen bitteres Unrecht, wenn man sie für die Tat der Brüder Lechow oder für die Aeußerungen von Stubenrauch verantwortlich macht. Die Frage der Schuld ist nicht so leicht zu beantworten. Der Prozeß in Leipzig hat ein Urteil gesprochen im allgemeinen über Erscheinungen der Krieges- und Nachkriegszeit. Wir haben es hier mit

aus der Bahn geworfenen Größen

zu tun, die zum Teil dem Realismus verfallen waren, und um Phantasien, die zum Teil in einem Milieu aufgewachsen sind, das den Nährboden für eine hoffnungslose Staatsverneinung abgeben muß.

Der Minister bespricht weiter die Bildung der Schüler- und Jugendvereine, die auf Grund einer Verordnung seines Vorgängers harnisch geübt worden und nicht überall zum Segen ausgefallen sind. Für die Tätigkeit dieser Vereine müssen die Schulen jede Verantwortung ablehnen.

Es gibt nur Staatsverfälschung oder Staatsbeschädigung; die Staatsverfälscher, wo sie auch sitzen mögen, sollen getroffen werden, sei es, daß sie auf dem Wege des internationalen Protektariats gegen den Staat anarbeiten, sei es, daß sie mit dem Revolver in der Faust Volkstötter machen wollen. Wir sind bereit, unjeder in der schwersten Not befindlichen Vaterlande zu helfen. Kooperationspolitik treiben, heißt gegenseitig Vertrauen zueinander haben und sich gemeinsam für den Wiederaufbau einzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Die

Beisprechung

der beiden großen Anfragen wird beschloffen.

Abg. Wildermann (Zr.) weist die Angriffe des Abg. Dörs gegen Fehrenbach zurück. Das, was er gesagt hat, kann ich voll und ganz unterstreichen. (Zustimmung im Plenum — dauernde Zurufe bei den Deutschnationalen.) Parteipolitik gehört überhaupt nicht in unsere Schulen hinein. Jeder Lehrer hat die Pflicht, der Jugend die Richtung vor der Obrigkeit, auch vor der bestehenden, zu verschaffen.

Abg. Steffens (D. Sp.): Wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß die Herren Schwarz-Weiß-Rot herabgerichtet werden. Aeußerungen, wie sie Stubenrauch getan hat, beurteilen wir aufs schärfste. Man darf aber nicht immer die Schule verantwortlich machen.

Abg. Schöler (Komm.): Um das Wort „Republik“ ist der Minister wie ein Eierkötter herumgegangen. Der Fall Stubenrauch ist der Fall der höheren Schule.

Abg. Hartmann (Dem.): Wenn die antikenförmige Hege zu Norden fährt, wird es Zeit, daß endlich gegen diese Hege eingeschritten wird. Es ist bezeichnend für die Verwirrung in unserer Jugend, daß alle die Leipziger Angeklagten ihre Handlungen als nationale Sache bezeichnen. Es ist höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß auch den deutschnationalen Organisationen gehörig auf die Finger geklopft wird. Es hat sich in Leipzig herausgestellt, daß auch bei den anderen jungen Angeklagten nachgewiesenermaßen auf der Schule verbotene Dinge ausgeübt worden sind. Es ist Aufgabe der Schulaufsichtsbehörden, alle Ausschüsse zu befehlen. Wenn unser Volk ein Ganzes werden soll, dann müssen diese gemeingefährlichen Schülervereinigungen beseitigt werden. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Hauschild (Soz.):

Der Minister hat also zugesehen, daß schwere Fehler im Fall Stubenrauch gemacht worden sind. Wir freuen uns über diese Einsicht. Aber wir finden, daß die Schulleitung und das Lehrerkollegium das Nötigste verbumt haben. Die Herren mußten wissen, was sie von dem Schüler Stubenrauch zu halten haben. Die Herren kannten die Vorgänge und hätten dementsprechend sofort handeln müssen. Wenn der Prozeß in Leipzig z. B. verschoben worden wäre — wir sind sicher, Stubenrauch wäre heute noch auf der Schule. Der Vergleich, den der deutschnationale Abgeordnete Dörs vorhin anstellt, ist völlig despektiert. Man kann unmöglich den jungen Liebknecht mit dem Schüler Stubenrauch in Parallele setzen. Das, was seinerzeit der Kultusminister, Genosse Hamisch, zur Beteiligung des jungen Liebknecht an den Berliner Unruhen gesagt hat, unterschreiben wir auch heute noch. Der junge Liebknecht beteiligte sich in keiner Weise an den Ausschreitungen der Mordbrenner. Sein Idealismus kann mit den Mordgedanken des Schülers Stubenrauch in keiner Weise verglichen werden. Der Fall Stubenrauch hat deswegen in weiten Kreisen so große Enttäuschung hervorgerufen, weil er einen Blick in einen Abgrund von Unmoral und Verkommenheit in den nationalsozialistischen Kreisen der deutschen Jugend tun ließ. Wir freuen uns über die mannhaften Worte, die der frühere Reichskanzler Fehrenbach am Staatsgerichtshof in Leipzig zum Fall Stubenrauch gesprochen hat. Wir freuen uns doppelt, daß er sich im Reichstag abermals zu diesen seinen Worten bekannt hat. Am Herrn Minister wäre es gewesen, gerade im Anschluß an diese Worte alle Lehrer und Lehrerinnen zu mahnen, endlich von der nationalsozialistischen Verpöschung der Jugend abzulassen. Diese Verpöschung geht von den nationalsozialistischen Jugendbänden aus, und deshalb hat unsere Genossin Frau Dr. jur. Wegscheider sehr gut daran getan, wenn sie diese Bünde einmal genau schilderte. Vor allem der Deutschnationale Jugendbund bildet eine ständige Ursache lebhafter Beunruhigung unserer Schulen. Wenn der Minister unter Berufung auf Worte Stresemanns im Reichstag seine Stellung zum Staat und zur Republik hier nochmals zu präzisieren versucht hat, so möchten wir doch von ihm verlangen, daß er seinen Worten nun endlich einmal auch die Konsequenzen folgen läßt. Wenn er von der Bejahung des Staates, so wie er vor uns steht, gesprochen hat, gut, dann muß er auch im Sinne der Reichsverfassung auf den Geist unserer Schulen einzuwirken sich bemühen. Die Reichsverfassung aber verlangt die Förderung des republikanischen Gedankens und des Gedankens für Volkerverständnis. Wir müssen darauf dringen, daß in unseren Schulen, vor allem in unseren mittleren Schulen, diesen Gedanken Rechnung getragen wird. Wer heute der Staatsbeschädigung dienen will, muß der Republik und dem republikanischen Gedanken dienen. (Lebhafter Beifall.)

Nach diesen kurzen, aber überaus wirkungsvollen Ausführungen unseres Genossen Hauschild, die trotz der vorgeordneten Zeit auf das müde Haus starken Eindruck machten, kam noch ein deutschnationaler Redner zu Worte. Einige persönliche Bemerkungen folgten, und nach 8 Uhr vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 21. November.



Dixie das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGE HERSTELLER:
MENKEL & Co., DUSSELDORF

